



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

347 (1.8.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-204700](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-204700)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich ...

Anzeigenpreise: Die kleine Zeitg. 10. — woch. 30. —

Verlagen: Der Sport v. Sonntag, Aus der Welt der Technik, Gesetz u. Recht, Mannh. Frauen-Zeitung, Mannh. Musik-Zeitung, Bildung u. Unterhaltung, Feld u. Garten, Wandern u. Reisen.

Antwort auf die französische Drohnote.

Keine unbedingte Zurückweisung?

Berlin, 1. August.

(Von unserem Berliner Büro.)

Die deutsche Antwortnote wird heute Mittag in Paris überreicht werden. Der Inhalt der deutschen Note ist wie wir bereits andeuteten, im wesentlichen negativ. Die deutsche Regierung verweist auf die durch die neuerliche Entwertung der Mark noch verschärfte katastrophale Finanzlage des Reichs, durch die die Zahlung von mindestens 2 Millionen Pfund im Ausgleichsverfahren schlechterdings unmöglich gemacht wird. Die Darlegungen werden durch statistische Angaben unterstützt.

Der „Vorwärts“ gibt den Inhalt der deutschen Antwort wie folgt: Die Reichsregierung nehme in ihrem Antwortschreiben keine positive ablehnende Stellung ein, sondern erkläre vor allem, daß nach ihrer Auffassung die Frage der Ausgleichszahlungen von allen hierfür in Betracht kommenden Regierungen gemeinsam geregelt werden muß und die Reparationsfrage insgesamt von der Behandlung der Ausgleichszahlungen nicht getrennt werden kann. Im übrigen verweist das Reichsamt noch einmal ausführlich auf die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands, wobei die Stellung der Lohn- und Gehaltsempfänger besondere Berücksichtigung findet. In entschiedener Form wird ferner gegen die ultimative Politik der französischen Regierung protestiert und im Zusammenhang hiermit auf die Weltkatastrophe hingewiesen, die eintreten muß, falls die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland unter dem Druck der Ententepolitik im bisherigen Maße fortschreitet.

Berlin, 1. August. Wie wir erfahren, ist die deutsche Antwort an Frankreich gestern Abend fertiggestellt und die Note noch gestern Abend nach Paris übersandt worden. Sie wird heute Vormittag durch den deutschen Botschafter Dr. Wagner der französischen Regierung übergeben werden.

Die Haltung Englands.

Für gemeinsame Antwort der Alliierten.

Berlin, 1. August.

Die heute eingegangene an den deutschen Botschafter in London gerichtete Antwort der englischen Regierung auf die deutsche Note vom 14. Juli 1922 wegen der Barzahlungen im Ausgleichsverfahren ist datiert vom 26. Juli und lautet wie folgt:

„Ich beehre mich, den Empfang der Note Eurer Exzellenz Nr. A 1454 vom 14. 7. zu bestätigen, welche sich auf die Zahlungen bezieht, zu denen Deutschland gegenüber den alliierten Ausgleichsämtern und nach Abschnitt 4 des Teiles 19 aus dem Vertrag von Versailles verpflichtet ist. Die Regierung Seiner Majestät nimmt an, daß eine gleiche Note an die anderen beteiligten Regierungen gerichtet worden ist und beabsichtigt, die in Ihrer Note aufgeworfenen Fragen baldigst mit den anderen beteiligten Mächten zu erörtern, um zu gegebener Zeit in Gemeinschaft mit den anderen alliierten Mächten der deutschen Regierung ihre Antwort zu erteilen.“

Poincaré droht.

Paris, 31. Juli. (Havas.) Ministerpräsident Poincaré hat gestern das Dekret auf der Höhe 285 bei den Ruinen von Vauquois erlassen, das durch ein französisch-italienisch-amerikanisches Komitee zur Erinnerung an die Kämpfe in den Argonnen von 1914 bis 1918 errichtet wurde. Poincaré sprach von den Einsätzen, unter denen die Gegend der Argonnen so oft zu leiden gehabt habe, und fügte das Jahr 1792 an, wo der König von Preußen und der Herzog von Braunschweig in Valmy ihre Hoffnungen zu Schanden werden sahen, dann 1870 und schließlich 1914, wo die Deutschen vier Jahre lang versucht hätten, den Wall der Argonnen zu erschüttern. Poincaré schilderte dann ausführlich diese vier Jahre des Schlingenkrieges, die Frankreich 180 000 seiner besten Söhne gekostet hätten und sprach dann von der Ankunft der amerikanischen Truppen im Jahre 1918, die dem General Gouraud die Hände gereicht und zur Befreiung der Argonnen beigetragen habe. „Einige Wochen später“ — so fuhr Poincaré fort — „suchte der Feind um Waffenstillstand nach und ergab sich. Wer hätte da voraussehen können, daß er nach drei oder vier Jahren seine Niederlage befreiten und seine Versprechungen ableugnen würde? Sind so viele junge Söhne Frankreichs unter den verkümmerten Bäumen der Argonnen gefallen, damit Deutschland seine Niederlage im Abrede stelle? Auf diesem von Blut durchtränkten Boden betrachten wir die erschütternden Spuren, die der Krieg hinterlassen hat. Wir sehen die Ortschaften wieder vor uns, die vom Grund und Boden vertilgt worden sind. Wenn wir an soziale Trauer, an so viele Ruinen und an so viel Elend denken, wird es uns nicht schwer fallen, unsere Pflicht zu erkennen. Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, muß den Schaden, den es angerichtet hat, wieder gutmachen. Es wird ihn wieder gutmachen, sei es freiwillig, sei es unter dem Druck von Gewalt.“

England und Frankreich im nahen Orient.

Von Dr. phil. h. c. Eiman von Sanders.

Auf dem anatolischen Kriegsschauplatz ist seit Monaten Waffenruhe. Weder die Türken noch die Griechen haben den Eintritt der guten Jahreszeit benützt, um die Operationen weiter zu führen. Die Griechen scheinen nicht mehr gewillt, für englische politische Ziele ihre Truppen einzusetzen, und die Türken lassen, nachdem sie ihr Angora-Abkommen mit den Franzosen geschlossen haben, die Dinge sich ruhig weiter entwickeln. Sie haben viel Zeit!

Die kürzlich aus London über Paris getommene Nachricht, daß sich Poincaré grundsätzlich zur Revision des Angora-Abkommens entschlossen habe, enthält noch lange nicht die Sicherheit, daß es von Worten zu Taten kommen werde. Die Durchsicherung der englischen Gewaltpolitik im nahen Orient kann Frankreich keinesfalls mitmachen, ohne seine ganze Stellung für alle Zukunft dort zu gefährden. Die letzte Konsequenz dieser Politik würde ja sein, daß englische und französische Armeen die Türkei mit Gewalt zur Anerkennung des Friedens von Sevres zu zwingen vorlägen. Dies ist aber ausgeschlossen! Das Ende eines derartigen Krieges wäre garnicht abzusehen. Er würde neue Brände von unabsehbarer Tragweite entfachen. Daher steht hinter den Worten nicht die Absicht zu Taten. Dies wissen die Türken.

Frankreich hat in Syrien noch weitgehende Schwierigkeiten zu überwinden, ehe es dieses Land als gesichertem Kolonialbesitz in Rechnung stellen kann. — General Gouraud hat dort am 1. Juli eine Art syrischer politischer Verwaltung (La Fédération syrienne) eingeweiht, als deren Präsident ein Sqrir, Soubhi ben Berket, gewählt wurde. Vorläufig ist dies nur ein französischer Versuch, der vielen auseinander gehenden politischen Strömungen im Lande Herr zu werden.

Diese neu geschaffene Verfassung würde zur Zeit keine Befestigung betragen. Auch sonst ist Syrien unsicher. Der von den Engländern mit Gewaltmitteln in Bagdad zum König eingesetzte Emir Faisal hat noch niemals seine Ansprüche auf Syrien — aus dem er durch die Franzosen vertrieben wurde — aufgegeben! Wie weiterhin die erregten Verhandlungen in der französischen Kammer in den letzten Tagen erwiesen haben, bereitet das Fortschreiten der kommunistischen Bewegung in Alger und Tunis den Franzosen manche Sorge. Der Deputierte André Berthou, der Vertreter dieser Propaganda, wurde deswegen von Poincaré auf das heftigste angegriffen, und schließlich von der Kammer niedergeschrien. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, daß Frankreich in Alger und Tunis nicht auch noch muslimanische Erhebungen — und die Muslime hängen alle mehr oder weniger mit Angora zusammen — entgegen kann. Auch dies wissen die Türken!

Für uns Deutsche ist ja der Hintergrund der englisch-französischen Verhandlungen ganz klar. Frankreich soll die englischen Ziele im nahen Orient unterstützen, und soll helfen die Türken zur Nachgiebigkeit zu zwingen, während dafür die Franzosen von den Engländern als Gegengewicht verlangen, daß sie ihnen gegen uns freie Hand lassen. Poincarés erster und letzter Gedanke, sein erstes und letztes Wort ist: ceterum censeo, Germaniam esse delendam!

Es ist tief bedauerlich, daß es bei uns immer noch viele Leute gibt, die dies nicht einsehen wollen. Sonst würde manches bei uns anders sein. Während der Deputierte Bailliant-Couturier am 5. Juli in der französischen Kammer Herrn Raymond Poincaré der Mitschuld am Kriege bezichtigt und feststellt, daß es 1914 in Frankreich eine Kriegspartei gegeben habe, greifen in unseren Parlamenten Vertreter des Volkes zu Tätlichkeiten gegen andere Abgeordnete und ziehen in der höchsten Not des Vaterlandes den Rest deutschen Ansehens in den Staub!

Wenn trotz aller Bemühungen der englischen und der französischen Staatsmänner eine grundlegende Verständigung über die prinzipiellen Gegensätze im nahen Orient, und damit am Rhein, nicht zustande kommen wird, so liegt dies sicherlich nicht an einer einheitlich geschlossenen Haltung des deutschen Volkes gegenüber den durch hysterischen Hoch blättern französischen Forderungen an uns, die England billigen soll, sondern es liegt an den nicht zu überbrückenden Gegensätzen der englischen und französischen Orient-Interessen. Frankreich ist ein großes Kolonialreich geworden, welches heute 55 Millionen Einwohner in seinen Kolonien zählt, und welches an manchen Punkten der weiten Welt über kurz oder lang mit England gegeneinander stoßen muß. England weiß, daß die französischen Nachbarn nicht nur die Hegemonie in Europa anstreben, sondern daß ihre Pläne noch sehr viel weiterreichende Ziele für die Zukunft haben. Die großen militärischen Machtmittel des nahe benachbarten Frankreichs, insbesondere der mit allen Mitteln bewirkte Ausbau der französischen Luftflotte, läßt die englischen Politiker nicht ohne Sorge. Man kann sich wohl über weniger wichtige Fragen einig, aber nicht über diejenige, wer einmal der erste, und wer der zweite sein soll!

Die 260 Millionen Muslime der Welt, deren Vormacht ihren Sitz in Angora hat, werden bei der endgültigen Regelung der Machtverhältnisse in Asien und Afrika ein entscheidendes Wort mitprechen. Dies wissen die Türken und können warten. Niemand ist jedem gewaltsamen Eingriff in Kleinasien abgeneigt, und sein Minister des Auswärtigen hat in London in den ersten fünf Tagen diesen Standpunkt gegenüber den führenden englischen Staatsmännern sehr energisch vertreten. Wie die „Stampa“ ausführt, hat Mr. Schanzer dort erklärt, daß keine Westmacht überhaupt in der Lage sei, die Regierung von Angora mit Gewaltmaßnahmen zu zwingen. Trotz aller Worte ist ferner kaum anzunehmen, daß Thrazien den Griechen verbleibe. Sie würden auf die Dauer dort einen zu schweren Stand zwischen Türken und Bulgaren haben, die beide ihnen nicht wohlgesinnt sind. — Kleinasien wird über kurz oder lang von den Griechen geräumt werden müssen, und nur über Smyrna mit einem beschränkten Umland wird eine Formel gefunden werden müssen, welche den griechischen Ansprüchen wenigstens einigermaßen Rechnung trägt.

Seitens der Regierung Mustafa Kemal's in Angora ist inzwischen mancherlei geschehen, um im Innern Kleasiens die Verhältnisse zu heben. Die Eisenbahnen werden in Stand gesetzt, an der neuen Linie Angora-

Paris, 31. Juli. Die „Cra Nouvelle“ schreibt: Herr Poincaré habe gestern in den Argonnen gesagt: Freiwillig oder gezwungen: Deutschland wird bezahlet! Wenn die der Redaktion zugegangenen Informationen richtig seien, habe der Ministerpräsident die Absicht, im Räte der Mächte eine Finanzsanierung Frankreichs vorzuschlagen, aber falls man ihm nicht folgen werde oder falls Deutschland dem Pariser Verlangen ein Non possumus entgegensetze, sei er entschlossen, in kürzester Frist zu Sanktionen und selbst zu militärischen Sanktionen überzugehen. Die Gerüchte, die ihm aus gewissen militärischen Kreisen zugegangen seien, hätten sehr starken Eindruck auf ihn gemacht. Er wolle nun jeden Preis erlassen. Wenn er mit den positiven Mitteln seines Planes unterlege, glaube er, es werde ihm nichts anderes übrig bleiben, als seine starken Karten auszuspielen.

Eine Warnung des Observer.

London, 30. Juli. Der „Observer“ schreibt zu der bevorstehenden Konferenz: Es wäre gut, wenn man den grundlegenden Prinzipien der Wirtschaftspolitik Rechnung tragen und sich darüber klar werden würde, daß die Vorschläge, die England Frankreich machen wird, die ganze öffentliche Meinung hinter sich haben. Frankreich solle sich entscheiden, ob es Sanktionen oder die Hegemonie haben will. Es kann nicht zu gleicher Zeit seiner Wirtschaftspolitik nachgehen und seine Rolle füllen. Die Budgets können nicht mit den Salomonen ausgeglichen werden. Wenn Frankreich wünscht, daß Deutschland produziert und seine Zahlungen leistet, muß es aufhören, Deutschland mit militärischen Garantien zu beunruhigen, die nur die Erbitterung in Deutschland vergrößern und die volle Entwertung der Mark und den Sturz des Franken auf ein lächerliches Minimum herbeiführen.

„Sunday Times“ schreiben: In bestinformierten Handelskreisen Englands ist man der Meinung, daß wir auf unsere Entschädigungen von Deutschland verzichten müssen, wenn die deutsche Zahlungsfähigkeit dadurch gebessert werden kann. Dies ist aber nicht Frankreichs Ansicht, und wir können nicht erwarten, daß es sich unserer Ansicht anschließen wird. Frankreich wird sich nur gegen eine Kompensation in dieser oder jener Form bereit erklären, auf einen Teil seiner Ansprüche an Deutschland zu verzichten. Wenn England den Anfang mit einer Herabsetzung der Reparationen macht, muß es dies im Interesse Europas tun und ohne Rücksicht darauf, in welcher Weise dies unsere Schuld an Amerika beeinflussen würde. Unsere Schuld an Amerika, und unsere Forderungen an den Kontinent sind zwei grundverschiedene Dinge; der Kontinent kann nicht zahlen, wir aber können zahlen. Es ist unsere Pflicht, unser Leuzertus zu tun, um Ordnung in die Wirtschaft Europas zu bringen und unsere Verpflichtungen gegen Amerika mit äußerster Pünktlichkeit zu erfüllen.

Die Londoner Zusammenkunft.

London, 31. Juli. Reuter erfährt, daß Lloyd George Poincaré eingeladen hat, sich mit ihm am 7. August in London zu treffen. Lloyd George schlägt vor, die Beratungen auf die Reparationsfrage zu beschränken.

Es heißt, daß auch Italien und Belgien eingeladen werden sollen, Vertreter zu entsenden.

Berlin, 1. August. (Von unserem Berliner Büro.) Die Antwort der französischen Regierung auf den letzten Brief Lord Balfours über die nächste interalliierte Zusammenkunft in London ist demselben eingegangen. Gestern hat Balfour die Angelegenheit mit Lloyd George besprochen und es wurde sofort eine Antwort an Poincaré gefandt, in der mitgeteilt wird, daß der englische Premierminister erfreut sein würde, Poincaré am 7. August in London zu sehen. Gleichzeitig wurde Poincaré mitgeteilt, Lloyd George wünsche die Reparationsfrage zu besprechen. Italien und Belgien werden eingeladen, Vertreter zu der Zusammenkunft zu entsenden.

Der Bericht des Garantiekomitees.

Paris, 31. Juli. Der „Temps“ teilt mit, daß das Garantiekomitee seinen Bericht an die Reparationskommission noch nicht überreicht hat. Es müsse aber gesagt werden, daß die Informationen, die über diesen Bericht bis jetzt veröffentlicht wurden, unrichtig sind. Der Bericht mache in der Tat keine Vorschläge über die Sanierung der deutschen Finanzen, sondern spreche sich ausschließlich über die Kontrolle der deutschen Einnahmen und Ausgaben, die Verhütung der Kapitalflucht und die Statistik aus. Der noch zu veröffentlichende Bericht werde genau über die Arbeiten der drei Unterkommissionen sprechen und sich mit der Zwangsankleihe beschäftigen. Gegenwärtig werde an der endgültigen Ausarbeitung des Berichtes gearbeitet, und man hoffe, diesen im Laufe der nächsten Woche zum Abschluß zu bringen.

London, 31. Juli. Den Blättern zufolge sagte Lord Grey in seiner gestrigen Rede in Remarque nach, wenn der Friede in der Zukunft gesichert werden solle, könne ein Pakt geschlossen werden. Zunächst müsse Frankreich gegen einen deutschen Angriff Sicherheit gegeben werden, aber in einer Form, die anderen Nationen die Teilnahme an dem Pakte ermögliche. Es sei nicht genug, zu Frankreich zu sagen, daß ihm gegen einen deutschen Angriff Sicherheit gegeben werde, auch Deutschland müsse gelagt werden, daß, wenn es seine vertraglichen Verpflichtungen erfülle, es gegen einen Angriff von außen der Sicherheit erhalte.

Deutschland in den Völkerbund.

London, 1. Aug. Auf eine Anfrage im Unterhause, welche Haltung die Regierung bezüglich der Zulassung Deutschlands in den Völkerbund einnehme, erklärte Lloyd George, er könne seiner Erklärung vom 26. 6. nichts hinzufügen. Auf den Hinweis, daß der Premierminister damals von der Zulassung Deutschlands zur Völkerbundversammlung gesprochen habe, die Frage sich aber auf den Völkerbundrat beziehe, entgegnete Lloyd George, wir würden daher dieses Gesuch befürworten.

Einwas wird weitergebaut, an der Anlage von Straßen wird ebenso wie an der Vervollständigung des Telegraphen- und Fernsprechnetzes gearbeitet. Ebenso ist die nationalökonomische Regierung um Hebung der Landwirtschaft, des Innenhandels, des Außenhandels und um den Wiederaufbau der Schiffahrt bemüht. Für den Ausbau des Hafens von Thessalon hat eine französische Firma kürzlich die Konzession erhalten.

Da die türkische Diplomatie mit dem ihr eigenen Geschick inzwischen ihre Verbindungen nach Rußland, zur kaukasischen Union, und zu den islamitischen Mächten festigt, so ist anzunehmen, daß für Kleinasien die von Italien vertretene friedliche Lösung, welche nur wirtschaftlichen Zielen nachgeht, die Oberhand über eine — wohl nur umgedrehte — Gewaltpolitik der Westmächte gewinnen wird.

Die Vorgänge im nahen Osten.

London, 31. Juli. Einer Erklärungs-Mitteilung aus Konstantinopel zufolge erklärte die türkische Regierung, wenn die Griechen die Thessalonika-Ebene überschreiten würden, so würden die türkischen Streitkräfte durch die neutrale Zone von Thessalon (bei Semli) auf Konstantinopel marschieren.

London, 31. Juli. Reuters meldet aus Athen, die Auffindung des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte in Konstantinopel, sich jedem Vorhaben der Griechen auf Konstantinopel zu widersetzen, habe in Athen tiefen Eindruck gemacht. Am 29. Juli sei ein zweistündiger Rabinetsrat abgehalten worden.

Eine weitere Athener Mitteilung besagt, es verlautet, daß der Entschluß der Regierung, der in der Note an die Alliierten mitgeteilt worden sei (Besetzung von Konstantinopel), gegenwärtig nicht zur Ausführung gebracht werden sollte.

London, 31. Juli. „Daily Chronicle“ schreibt in einem Artikel: Selbstverständlich können die Alliierten eine Besetzung Konstantinopels durch die Griechen nicht dulden. Es sei daher notwendig, daß die Alliierten gemeinsam ernsthafte Maßnahmen ergreifen, um die Lage zwischen den beiden kämpfenden Parteien ins Gleichgewicht zu bringen und den Frieden wiederherzustellen.

Englische Warnung an Griechenland.

London, 1. August. Im Unterhause erklärte Lord George auf eine Anfrage, am 27. habe der englische diplomatische Vertreter in Athen eine griechische Note empfangen, die sich auf die Besetzung Konstantinopels durch die Griechen beziehe. Am gleichen Tage habe der britische Vertreter in Athen entsprechend den aus London eingegangenen Instruktionen die griechische Regierung vor den ersten Folgen gewarnt, die ein derartiger Schritt nach sich ziehen würde. Der griechische Minister des Auswärtigen habe die bestimmte Versicherung ab, daß die griechischen Streitkräfte keinesfalls ohne Erlaubnis der Alliierten in die neutrale Zone einzürücken würden. Diese Versicherung sei selber nochmals bestätigt worden. Die Handlungsweise der griechischen Regierung sei offenbar auf den Wunsch zurückzuführen, die Regelung der Orientfrage zu beschleunigen. Auf eine Anfrage, ob die Aussicht dafür bestehe, daß alle Signatarmächte des Vertrages von San Stefano sich einer Konferenz zusammenschließen würden, erwiderte Lord George, eine derartige Konferenz sei gegenwärtig noch nicht in Aussicht genommen. Die britische Regierung habe auch nicht die Absicht, eine Konferenz der an der Orientfrage interessierten Mächte einzuberufen; dagegen sei die Zusammenkunft der interessierten alliierten Hauptmächte und die Regierung von Athen, Konstantinopel und Bagdad in Aussicht genommen.

Als Remontranz fragte, ob die britische Regierung deutlich gesagt habe, daß der Versuch, einen unabhängigen Staat im Bezirk von Smyrna zu errichten, von den Mächten nicht geduldet werden dürfe, erfolgte keine Antwort.

Französische Betrachtungen.

Paris, 1. August. Der „Temps“ schreibt zur Lage im nahen Orient: König Konstantin würde einem gemeinsamen Erbes oder einer gemeinsamen Aktion der Entente umso leichter folgen, als dieser Fall höherer Gewalt nach außen hin seine Verantwortung für ihn leichter machen werde. Wenn dagegen die Entente nicht gleichgültig zum Handeln entschlossen wären, würde König Konstantin und seine Umgebung versucht sein, ihnen die Spitze zu bieten oder es dürfte doch ein Teil der öffentlichen Meinung ihnen vielleicht den Rat geben, daß die griechische Regierung, sei es durch Herabsetzung ihrer Heeresstärke im Osten, sei es durch Herabsetzung ihrer Heeresstärke in Thraxien und die Zurückziehung ihrer Truppen aus einer gewissen Entfernung von der neutralen Zone, ein Nachgeben ablehnen werde. Die Entente-Mächte haben nicht nur das Recht, man kann sagen, daß sie sogar die Pflicht hätten, die griechischen Häfen zu blockieren. Sie sind die Herren der Meere, da sich unter ihnen England befindet. Sie haben die Ueberwachungs- und Meerengen übernommen, das schließt ein, daß sie in der Lage sind, die Durchfahrt frei zu halten und den Frieden im Orient zu wahren. Die Entente können nicht mehr in Kleinasien oder nur in Thraxien operieren, sobald man ihre Verbindungen bedroht.

Das „Journal des Debats“ stellt fest, daß alle in den letzten vier Monaten unternommenen Bemühungen um Frieden, Mißerfolg gehabt hätten. Das Blatt sagt weiter, man sei nicht gegen einen regelrechten Orientkrieg gefaßt. Die Komplikationen würden nicht bestehen, überhört nach den Meerengen vorzuliegen. In welche Verwicklung aber würden die Bulgaren geraten? Es müßte also jetzt unmittelbar gehandelt werden. Seit vier Jahren sind die verbündeten Regierungen immer zu spät dazwischen getreten. Auf allen Gebieten und bei allen Fragen, vor die sie gestellt wurden. Das ist die Hauptursache des allgemeinen Niedergangs. Wenn die Staatsmänner noch einmal in ihrer Schwäche bedorren, werden sie eine schwere Verantwortung auf sich nehmen. Wir hoffen, daß die englische Regierung, die auf die Gefügigkeit Königs Konstantins und auf seine Minister vielfach geachtet haben, es sich angelegen sein läßt, durch die Tat zu beweisen, daß sie auch in positiver Form nicht eine unglückliche Politik begünstigt. Ihre Ehre steht auf dem Spiel.

Die Kleine Entente und die Balkanfrage.

wex. Belgad, 30. Juli. Innerhalb der Kleinen Entente haben sich neuerdings Unstimmigkeiten ergeben. Anlaß hierzu gab die mazedonische Frage. Anfang dieses Monats hatte die Belgrad-Regierung mit einer heftigen Propaganda gegen Bulgarien eingeleitet, dem die Verantwortung für die Bandenunruhen in Mazedonien zugeschoben wurde.

Inzwischen erhebt man, daß die Belgrad-Regierung sich mit Autarkie und Eiden ins Einvernehmen gesetzt habe, um durch Ueberrückung eines gemeinsamen Ultimatum in Sofia den Anhängen gegen Bulgarien größeren Nachdruck zu geben. Zur Ueberreichung dieses Ultimatum kam es jedoch nicht, da man nachträglich erfuhr, der rumänische Ministerpräsident Bratianu die Mitteilung mit der Bedingung abgelehnt habe, daß es ihm scheine, als ob nicht Bulgarien sondern Rumänien zu den neuen Vermittlungen in Mazedonien laud sei. — Da die vorläufige Entscheidung des Völkerbundes in den mazedonischen Dilemma für Unzulässigkeit ebenfalls nicht günstig ist, verlohnt sich die Unzufriedenheit mit der Politik des Vorkriegs.

Die italienische Ministerkrise.

Rom, 31. Juli. Nachdem die Sozialisten den Vorschlag Orlando abzulehnen, mit den Sozialisten oder der Rechten in eine Kombination einzutreten, hält man den Verlust Orlando's, das Kabinett zu bilden, für gescheitert. Orlando begab sich abends zum König, um ihm über die Lage, die noch immer unklar ist, zu berichten. Nach dem Besuche Orlando's ließ der König den Kammerpräsidenten de Nicola zu sich kommen. Dieser hatte dann eine lange Unterredung mit de Facta, dessen Rückkehr man für möglich hält.

De Facta's Rückkehr.

Rom, 31. Juli. Der König hat heute früh de Facta empfangen. Es wird berichtet, daß er ihm die Bildung des Kabinetts angeboten habe. De Facta hat sich keine Antwort darauf vorbehalten. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß de Facta trotz geringer Neigung die Aufgabe nicht ablehnen wird, um die gegenwärtige Lage zu klären. Der Versuch Facta's wird, als sehr schwierig bezeichnet, da nach tiefe Gegensätze die politischen Parteien trennen. Aber er habe wenigstens die Genauigkeit, aus den Ereignissen zu erkennen, daß die gegen ihn gerichtete Stimmung der Kammer und die gegenwärtige Krise gänzlich unerschütterlich war. Wenn es, wie man glaubt, zur Entscheidung kommen sollte, wird Facta, wie man als sicher annimmt, das Kabinett mit den Demokraten der katholischen Volkspartei und der Rechten unter Beibehaltung mehrerer bisheriger Mitarbeiter und des früheren Programms bilden.

Vor der Antwort Bayerns.

Berlin, 1. August. (Von unserem Berliner Büro.)

Nach den nunmehr getroffenen Vereinbarungen wird der Kabinetsrat in München über die bayerische Antwort an den Reichspräsidenten im Laufe des heutigen Tages stattfinden. Die Antwort wird sogleich nach Beendigung der Sitzung den Führern der Koalitionsparteien zugeleitet werden und nach deren Befriedigung, voraussichtlich also heute Abend oder am Mittwoch, nach Berlin übersandt werden.

Ministerpräsident Graf Lerchenfeld empfing gestern den badischen Staatspräsidenten Dr. Hummel und mit ihm die Ergebnisse der Besprechungen zwischen den württembergischen, badischen und bayerischen Staatspräsidenten in Bruchsal zu beraten. Während in dieser Unterredung die Möglichkeit eines vermittelnden Ausweges zu finden besteht, macht sich innerhalb der bayerischen Volkspartei eine starke Strömung bemerkbar, die auf eine sofortige Erweiterung der Regierungsbasis nach rechts hinarbeitet. In diesem Falle werde natürlich ein erheblich stärkeres Auftreten der bayerischen Regierung zu erwarten sein.

Verbreiterung der Regierungskoalition.

München, 31. Juli. Die mehrfach angeforderte Verbreiterung der bayerischen Regierungskoalition durch Hinzutreten der bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei dürfte in absehbarer Zeit Tatsache werden. Vorbesprechungen in dieser Richtung sind, wie das DRB. erfährt, heute bereits zwischen der bayerischen Volkspartei und der bayerischen Mittelpartei abgehalten worden, offizielle Besprechungen dagegen haben noch nicht stattgefunden. Es ist jedoch mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die Verbreiterung der Koalition in Kürze zustandekommen wird.

Wachsende Zustimmung zur Haltung der Regierung.

München, 31. Juli. Wie die „Staatszeitung“ selbst, haben auch die frankfurter Bürgermeister ihr volles Einverständnis mit der Haltung und dem Vorgehen der bayerischen Regierung in Sachen der Schwabinger für die Republik ausgesprochen. Sie haben lediglich der Meinung Ausdruck gegeben, daß unglückliche Folgen bei einer Separation Bayerns vom Reich eintreten werden. Der Ministerpräsident erwiderte darauf, daß diese Frage überhaupt keine Rolle gespielt habe und daß sie nicht aufgeworfen oder genannt worden sei. Gerade aus Franken mehren sich, wie das Blatt weiter berichtet, die Stimmen, die ein entschiedenes Festhalten der bayerischen Regierung an ihrem Standpunkt verlangen. In Stuttgart gehen an die bayerische Regierung und durch Deputationen aus allen Kreisen Bayerns und allen Schichten der Bevölkerung werde in gleicher Richtung gemeldet.

Ein staatsrechtliches Gutachten des Landesbürgermeisters Bayerns, das in der Presse veröffentlicht wird, kommt zu dem Ergebnis, daß das Recht zum Schutze der Republik für Bayern keine Geltung habe, soweit es in dessen Besitz und Vollziehung eingreife. Ein unmittelbarer Rechtsverstoß über die Staatsgewalt der Bundesstaaten hinweg habe ohne deren Zustimmung nicht geschaffen werden können. In dem aus Anlaß des Uebertragens des badischen Reichskanzlers auf das Reich von dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler im März 1920 unterzeichneten Schlussprotokoll findet sich die Anerkennung des Fortbestandes der im Artikel 52 der alten Reichsverfassung Bayern vorbehaltenen Rechte.

Die Haltung der Bayerischen Volkspartei.

München, 31. Juli. Für die Haltung der größten Partei Bayerns, der Bayerischen Volkspartei, in der gegenwärtigen Krise ist die heutige Stellungnahme des „Bayerischen Kurier“ bemerkenswert, in der erklärt wird, die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien hätten ebenso wie der Reichspräsident das höchste Interesse daran, eine befriedigende Lösung der Krise zu finden. Die Reichsregierung werde sich in den letzten Tagen davon überzeugt haben, daß die Hoffnung trügerisch sei, daß Bayern den nachüberlieferten Schritt zur Wahrung seiner eigenständlichen Rechte einfach zurücknehmen könnte, ohne entsprechende Sicherungen für die Gegenwart und für alle Zukunft dafür zu erhalten. Die Stimmung in der Bayerischen Volkspartei habe sich daher befestigt, Verluste, in Nordbayern Stimmung gegen die Regierung zu machen, seien möglich gehalten.

Die Haltung der süddeutschen Staaten.

Berlin, 31. Juli. Aus Stuttgart wird gemeldet, daß sich der württembergische Staatspräsident mit München in Verbindung gesetzt habe, um wegen der München-Berliner Spannung Fühlung zu nehmen. Es verlautet, daß sich Württemberg dem badischen Vorgehen in München anschließen wolle, das darauf abzielt, die bayerische Aktion für die Staatshoheit der süddeutschen Bundesstaaten zu stützen.

Man wird diese Meldung mit der allergrößten Vorsicht aufzunehmen haben, da bisher keinerlei Anhaltspunkte für eine gemeinsame Aktion der süddeutschen Staaten zum Schutze der Staatshoheit gefunden werden können. Ueber die Bruchtaler Konferenz ist nichts in die Öffentlichkeit gedrungen, und der Kette des badischen Staatspräsidenten nach München dürfte wohl die Absicht eines vermittelnden Eingreifens — für das wir von Anfang an im Interesse des Reiches und Badens eingetreten sind — zugrunde liegen. Es wäre in diesem Falle nicht glückselig, wenn man Bayern ermutigen wollte, in seinem Widerstande zu verharrten und einen Konflikt heraufzubekommen, der die Reichseinheit gefährden, die Lage der besetzten Volksangelegenheiten und der französischen Festsitzungspolitik gegen das Reich für und für öffnen würde.

Am sich — in einem anderen Falle — wird man einen engeren Zusammenschluß der Staaten südlich des Rheines zur Wahrung ihrer Staatshoheitsrechte nur begünstigen können. Es wäre vielleicht von Vorteil für die Reichstreueigkeit im deutschen Süden gewesen, wenn

schon früher eine gemeinsame süddeutsche Politik vertreten worden wäre, die selbstverständlich nicht den Charakter einer Ostraktion hätte tragen dürfen, die aber doch das maßlose Zentralisierungsbestreben Berlins in seine Schranken zurückzuweisen hätte. Vielleicht ist nach Belegung der bayerischen Anwesenheit eine gemeinsame Stunde, diesen Gedanken in einer Besprechung der süddeutschen Staatspräsidenten aufzunehmen.

Deutsches Reich.

Die Drofflung der deutschen Luftschiffahrt.

Berlin, 1. Aug. (Priv.-Tel.) Wie die Morgenblätter berichten, stimmte der Reichsausschuß für die Ausführung des Friedensvertrages gestern dem Entwurf der Bestimmungen zum Gesetz über die Beschränkung des Luftschiffahrtsgesetzes zu. Diese Bestimmungen vom Reichspräsidenten genehmigte Bestimmung erreichte durch die Zustimmung des Ausschusses Gesetzeskraft. Es ist die Zahlung einer Summe von 150 Millionen Mark an den Verband deutscher Luftschiffahrtsgesellschaften vorgesehn. Mit dieser Zahlung sollen alle Ansprüche gegen das Reich auf Grund des Gesetzes über die Beschränkung des Luftschiffahrtsgesetzes abgegolten werden.

Der Streit unter den Deutschnationalen.

Berlin, 1. Aug. (Von uns. Berl. Büro.) Der Streit unter den Deutschnationalen wird munter fortgesetzt. Nachdem der Reichstagsabgeordnete Düringer in den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ scharfe Kritik an der Haltung der Deutschnationalen Volkspartei geübt hat, wendet sich die Korrespondenz der deutschnationalen Partei mit äußerster Heftigkeit gegen das ehemalige Parteimitglied, dessen Verhalten als eine Parteilichkeit bezeichnet wird. Die „Deutsche Zeitung“, wie auch die „Deutsche Tageszeitung“ verpflichten dem reiflos bei und nennen Düringers Fortgehen einen unentschuldigten Treubruch. Der „Deutsche Herold“, der vom Abgeordneten Wulle begründet wurde, hat auf seinen geführten Vertreter sich für die Aufrechterhaltung der deutschnationalen Partei ausgesprochen. Er kann aber nach den Vorgängen den ihr angehörenden völkischen Abgeordneten die weitere Mitarbeit in der Fraktion nur zusetzen, wenn gewisse Sicherungen gewährleistet werden, zu denen Auswahl der Parteileitung und des Parteivorstandes entsprechend der Zusammenfassung der Minderheit und Einberufung des Parteivertretertages und Parteitages gehören.

Am die Einigung der Sozialdemokratie.

Berlin, 31. Juli. Gestern hat ein sozialdemokratischer Parteitag für Groß-Berlin stattgefunden. Es wurde eine Entscheidung angenommen, in welcher die Bildung der zwischen den Fraktionen der S. P. D. und U. S. P. zustandekommenden Arbeitsgemeinschaft gebilligt und die Hoffnung ausgesprochen wird, daß es bald gelingen möge, die der organisatorischen Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien etwa noch im Wege stehenden Hindernisse hinwegzuräumen. Dagegen wird jede Gemeinschaft mit der kommunistischen Partei abgelehnt und auf das Entschiedenste ein Zusammengehen mit einzelnen kleinen Bezirken und Gruppen verurteilt.

Beendigung des Seemannsstreiks.

Hamburg, 1. Aug. Der deutsche Seemannsstreik ist beendet. In sämtlichen Organisationen hat sich eine überwiegende Mehrheit für die Annahme des vom Reichsarbeitsministerium gestellten Schiedsspruchs gefunden. Die Arbeit wird auf allen deutschen Seeschiffen am heutigen Dienstag wieder aufgenommen. Da die Wiederbesetzung der durch den Streik stillgelegten Schiffe zum Teil bereits gestern begonnen hat, haben heute einige dieser Schiffe den Hamburger Hafen verlassen.

Berlin, 31. Juli. Der angebliche Student Werner Fleisch, der seinerzeit verhaftet worden war, weil er unmittelbar nach der Bekanntgabe der Ermordung Rathenaus im Reichstage Heftigkeit einen Blumenstrauß mit einer schwarz-weiß-roten Schleife überbrachte, dann aber wieder freigelassen worden war, am Samstag erneut verhaftet worden, und zwar wegen Teilnahme an dem Kientauf-Harden.

Erwähnt muß noch werden, daß Fleisch sich beschwerdebehaftet an den Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof in Leipzig wandte und die Einleitung eines Strafverfahrens gegen die beteiligten Beamten wegen Freiheitsberaubung beantragt hat, weil er 14 Tage in Untersuchungshaft gefesselt hat, ohne dem Richter vorgeführt worden zu sein.

Berlin, 1. Aug. (Von uns. Berl. Büro.) Erst kürzlich sind eine Statistik durch die Presse, in der auf die große Zahl der kleinen Anfragen im Reichstag und deren hohe Kosten hingewiesen wurde. Die unabhängige „Freiheit“ macht jetzt darauf aufmerksam, daß seitdem ein Reichstagsferien sind, sind bereits wieder 17 kleine Anfragen eingegangen, von denen nicht weniger als 11 von der deutschnationalen Volkspartei kommen.

Baden.

Der 11. August als Tag der Verfassungsfeier.

Durch die Presseabteilung der badischen Regierung wird mitgeteilt:

Entsprechend einer Anregung der Reichsregierung künftig den Tag der Schöpfung der Reichsverfassung als nationalen Feiertag zu begeben, werden für dieses Jahr, außer Berlin, auch für die größten Städte des übrigen Deutschland Vorkehrungen zu festlichem Gedenken des Verfassungstages getroffen. Der 11. Aug. ist noch nicht gesetzlicher Feiertag, die badische Regierung hat aber auf Anregung der Reichsregierung beschlossen, den Gemeindevorständen zu empfehlen, im Besonderen mit den Koalitionsparteien des Landes am Abend des 11. August Festveranstaltungen zu veranstalten. Außerdem wird empfohlen, alle öffentlichen Gebäude an diesem Tage mit den Reichs- und Landesflaggen zu schmücken; für die Staatsgebäude ergibt eine dementsprechende Anordnung. Für Veranstaltungen größeren Stils, reicht in diesem Jahr die erforderliche Vorbereitungszeit nicht mehr aus. Sofern aber die Absicht besteht, über den Rahmen eines abendlichen Festaktes hinaus des Verfassungstages zu gedenken, steht einem solchen Vorhaben nichts im Wege.

Reichsbahndirektion Karlsruhe.

Wie erinnertlich, kam in der vorletzten Sitzung des badischen Landtags am Freitag vormittag bei Gelegenheit der Anfragen Wirth (Soz.) und Seubert (Nrk.) über die Umwandlung der Eisenbahnen Generaldirektion Karlsruhe in eine Reichsbahndirektion sowohl in der Aussprache wie auch in den Worten des badischen Finanzministers Köhler zum einstimmigen Ausdruck, daß die diesbezügliche Verfügung des Reichsverkehrsministers eine Schädigung der verfassungsmäßigen und vertragsmäßigen Rechte Badens bedeute. Wie nun die „Telegraphen-Union“ in Berlin an amtlicher Stelle erfährt, wird betont, daß es sich hier nur um eine Namensänderung handelt. Der bisherige Titel Generaldirektion wurde vereinfacht in die Aufschrift „Reichsbahndirektion“. Die amtliche Stelle versichert, daß keinerlei Widerspruch in einzelnen Sonderbereichen gegen die volle Selbstständigkeit der einzelnen Länder in ihrer Eisenbahnerwaltung vorzuliegen wird.

Letzte Meldungen.

Der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre.

Berlin, 1. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) In Wroclau nähert sich der Prozeß der Sozialrevolutionäre seinem Ende. Die Kommunisten sind daher eifrig bemüht gegen die Sozialrevolutionäre im letzten Augenblick noch Stimmung zu machen. In der „Pravda“ berichtet Habel über die Bestellungen aus einem Geheimarchiv einer Partier Geheimorganisation der Sozialrevolutionäre, das der Sozialregierung in die Hand gefallen sei. Die Sozialpartei Hochverrat an der proletarischen Revolution begangen habe.

Wirtschaftliche Fragen.

Die Veranschlagung für Lieferung von Elektrizität, Gas und Wasser.
Nachdem die Verordnung vom 1. Februar 1919 über die wirtsch. Erhöhung von Preisen bei der Lieferung von Elektrizität, Gas und Wasserdampf durch Gesetz vom 9. Juni 1922 abgeändert und die Bekanntmachung über das Verfahren vor den Schiedsgerichten vom 3. März 1919 durch eine neue Verordnung vom 16. Juni 1922 ersetzt worden ist, sind Zweifel aufgekommen, ob die auf Grund der Bekanntmachung vom 5. März 1919 des Reichskommissars für die Kohlenverteilung endgültig deminimierten Schiedsrichterslisten noch in Gültigkeit sind. Diese Zweifel sind unbegründet; der Erlass der Bekanntmachung vom 5. März 1919 durch die in den wesentlichen Punkten wörtlich gleichlautende Verordnung vom 16. Juni 1922 ändert an der Rechtsgültigkeit der genannten Schiedsrichterslisten nichts. Nach einer Ermäßigung oder Abänderung der Listen ist vorerst nicht zu erwarten.

Freiwillige Arbeit über 8 Stunden hinaus erlaubt.

Am 30. Juli. Gegen eine Entscheidung des Landgerichtes, nach der ein Arbeitgeber, der in seinem Betriebe freiwillige Überstunden erlaube, nicht strafbar ist, hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Das Oberlandesgericht hat nun ausgeführt, daß es nicht Absicht des Gesetzgebers gewesen sei, den Arbeitgeber schon deshalb zu bestrafen, weil er es, wie im vorliegenden Falle außerhalb des regelmäßigen Fabrikbetriebes und nach dessen Aufhören einzelnen Arbeitern auf ihren Wunsch gestattet, noch Arbeiten in den Fabrikräumen gegen Bezahlung der Überstunden zu verrichten. Der Gesetzgeber könne immerhin nicht beabsichtigt haben, den Arbeitgeber auch dann zu bestrafen, wenn er nicht immer die Arbeitskraft seiner Arbeiter ausnützt, sondern es lediglich zuläßt, daß sie nach Betriebschluß auf ihren Wunsch und freiwillig sich in den Fabrikräumen nach ihrem Verlangen zu beschäftigen suchen, um so durch Überstunden eine Lohnerhöhung zu erreichen. Der Gesetzgeber hat selbst schon, wie auch die sonstigen Bestimmungen erkennen lassen, zwar die regelmäßige tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden beschränkt, aber auch die Zulässigkeit einer straflosen Beschäftigung über 8 Stunden hinaus im allgemeinen und ausnahmslos eingeschlossen.

Städtische Nachrichten.

Wohnungsabgabe und Wohnungsluxussteuer.

Der Bürgerausschuß hält seine nächste Sitzung am Dienstag, den 8. August ab. Als einziger Punkt steht die vom Stadtrat beschlossene Wohnungsabgabe und Wohnungsluxussteuer auf der Tagesordnung. Der Stadtrat hat folgenden Vorkauf:
1. In Abänderung des Gemeindefestsetzes vom 21. Dezember 1921 wird zum Rechnungsjahr 1922 ab neben der Wohnungsabgabe für das Land (von 2,5 v. H. des Gebäudewertes) ein Gemeindefestsetz auf jährlich 17,5 v. H. des Gebäudewertes erhoben. In diesem Festsetz ist 1/4 v. H. zur Bildung eines Ausgleichsfonds gemäß § 7 Absatz 3 des Reichsmietengesetzes inbegriffen.
2. Die Abgabe mit 2,5+17,5=20 v. H. des Steuerwerts wird unmittelbar von den Wohnungsberechtigten erhoben und gleichzeitig mit den Gebühren der städtischen Werke erhoben; sie ist für das Rechnungsjahr 1922 vom Oktober 1922 an in 6 gleichen Monatsbeträgen zu bezahlen.
3. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 ab wird eine Wohnungsluxussteuer nach Maßgabe der anliegenden Satzung erhoben.
4. Sowie für Bauten, die in der Anlage unter 3. 1 und 5 als Wohnbauten der Stadt gekennzeichnet sind, die bisherigen Bewilligungen nicht auch den Mehrbedarf aus Lohn- und Preiserhöhungen umfassen, werden sie um diesen Mehrbedarf ergänzt.
Für die aus der Anlage unter 3. 2, 6 u. 7 ersichtlichen Bauten von Baureinigungen und Privaten dürfen Darlehen in Höhe von 216 332 141 M oder, falls Löhne und Preise sich erhöhen, ein dementsprechend höherer Betrag von der Stadt gegeben und ihrerseits durch Anleihen aufgebracht werden. Der Darlehensbetrag ist aus der Wohnungsabgabe aufzubringen oder aus ihr zu verzinsen und zu tilgen. In demselben Umfang darf die Stadt für diese Bauten Bürgschaft übernehmen, falls Dritte die erforderlichen Darlehen gewähren. Die Bestimmungen im einzelnen Falle bleiben dem Stadtrat vorbehalten.
Zur Begründung der Vorlage wird u. a. ausgeführt: Die Gebäudewerte in der Stadt Mannheim belaufen sich auf rund 200 Millionen Mark. Ein Abgabefuß von 1 v. H. ergibt einen Bruttoertrag von 2 Millionen Mark. Hierunter gehen ab die Verwaltungskosten bei 2 v. H. des Ertrags veranschlagt werden, und die Ausgaben für Betreuung der Abgabe, die mit 13 v. H. des Ertrags angesetzt werden, zusammen 15 v. H. = 1,23 Millionen Mark, so daß ein Reinertrag von rund 7 Millionen Mark zu erwarten ist. Die Abgabe an das Reich wurde von 25 auf 65 Pfg. auf den Kopf der Bevölkerung erhöht. In der Bürgerausschußvorlage vom 21. Dezember

1921 war für die Dauer von 20 Jahren eine Wohnungsabgabe von jährlich 1/4 vom Hundert des Steuerwerts für das Land und 1/2 vom Hundert für die Gemeinde vorgesehen, wobei der Gemeindefestsetz zur Begründung und Tilgung eines aufzunehmenden Anlehens verwendet werden sollte. Bei einem Gesamtgebäudesteuerwert von rund 200 Millionen Mark war ein Reinertrag für die Gemeinde von rund 11 Millionen Mark erwartet, womit ein Anleihen von rund 135 Millionen Mark in 20 Jahren verzinst und getilgt werden kann. Diese 135 Millionen Mark sollten verwendet werden: 1. zur Deckung des der Gemeinde zur Last bleibenden unrentierlichen Bauaufwands für das Bauprogramm 1921 (Neu- und Einbauten mit zusammen 590 Wohnungen), der mit 3 Millionen Mark angenommen war; 2. zur Deckung des der Gemeinde zur Last bleibenden unrentierlichen Bauaufwands für das Bauprogramm 1922, wobei ein Bedarf a) von 68 Millionen Mark für rund 800 Neubauwohnungen (500 der Genossenschaften, 200 der Stadt, 100 von Privaten) und b) von einer Million Mark für weitere Wohnungseinbauten angenommen war; 3. zu Zuschüssen zur Unterhaltung bestehender Häuser in Höhe von 2 Millionen Mark. Der Rest sollte für weitere Neubauten verwendet werden oder auf das Baujahr 1923 übertragen werden; erhofft war, daß statt der obigen 800 (Ziffer 2a) 1060 Neubauwohnungen bezichtigt werden könnten. Die Baukosten haben sich nach dem Stand vom 1. Juli 1922 gegenüber Mitte 1921 auf etwa das Vierfache, gegenüber Ende 1921 auf etwa das Dreifache erhöht, mit einer weiteren Steigerung muß gerechnet werden. Hierdurch ergibt sich eine Erhöhung des aus der gemeindlichen Wohnungsabgabe zu deckenden Bedarfs bei Ziffer 1 von 39 auf 134,3 Millionen Mark, bei Ziffer 2a von 68 auf 220,3 Millionen Mark, bei Ziffer 2b von 1 Million Mark auf 3,5 Millionen Mark, zusammen von 108 auf 238,1 Millionen Mark. Die Gesamtbaukosten sind nach dem Stand vom 1. Juli 1922 mit rund 502 Millionen Mark angenommen. Voraussetzt (aus Anleihen) sind bisher rund 49,5 Millionen Mark. Es ergibt sich ein noch aufzubringender Geldbedarf von 303,4 Millionen Mark.

Die Befürchtung, daß den Gemeinden die Zuführung solcher gemäßigten Summen durch langfristige Anleihen nicht gelingen wird, hat sich leider verwirklicht. Die Befreiung dieses Weges hat sich als völlig ausichtslos erwiesen. Die Gemeinden sind deshalb vor die Frage gestellt, entweder den Gemeindefestsetz zur Wohnungsabgabe herab zu senken, die Fortführung des Bauprogramms durch Deckung wenigstens des größten Teils des unrentierlichen Aufwands unmittelbar aus dem Erträgnis der Wohnungsabgabe ermöglicht wird, oder das Bauen mit öffentlichen Zuschüssen wesentlich einzuschränken oder ganz einzustellen. Bei dem Wohnungselend in der Stadt Mannheim sollte die letztere Ermüdung ausbleiben. Der bis zur Fertigstellung der Bauten voraussichtlich noch erforderliche Kapitalbedarf beläuft sich nach Wegzug der Ertragswerte für die städtischen Bauten mit 9 Millionen Mark, die nicht aus der Wohnungsabgabe gedeckt werden dürfen, auf rund 294 Millionen Mark. Da ein Abgabefuß von 1. vom Hundert der Steuerwerte 7 Millionen Mark erbringt, wäre zur Aufbringung dieser 294 Millionen Mark ein Abgabefuß von 42 v. H. erforderlich. Dazu käme die Landesabgabe mit 2,5 v. H. sowie der zur Verzinsung und Tilgung der bereits aufgewendeten 49,5 Millionen und der beiden Darlehen mit 10,5 Millionen nötige Betrag von 0,7 v. H., so daß die Abgabe zusammen 45,2 v. H. betragen würde. Da nun aber die Bauten zu einem wesentlichen Teil bis zum Ende des Rechnungsjahres 1922 nicht fertig werden, so vermindert sich der bis zum Schluß des Rechnungsjahres erforderliche Kapitalbedarf um voraussichtlich etwa 130 Millionen Mark; zur Aufbringung des Restes mit 164 Millionen Mark wäre ein Abgabefuß von 23,3 v. H. erforderlich, so daß sich insgesamt eine Wohnungsabgabe von 25,5 v. H. ergeben würde. In der Hoffnung, daß das Land dem Antrag der Gemeinden entsprechend die Einheitsfüße des Landesdarlehens erhöhen wird, und da eine Erhöhung des durch die Zinsen gebildeten, daher beledigungs-fähigen Teiles des Bauaufwands nicht nur durch das Reichsmietengesetz, sondern auch infolge der Erhöhung der Wohnungsabgabe beabsichtigt wird, vorgeschlagen, für die Rechnungsjahre 1922 den Gemeindefestsetz auf 17,5 v. H. festzusetzen. Dieser Satz, der allerdings nicht ausreicht, um die ganze erforderliche Summe zu decken, bedeutet etwas über das Dreifache des Friedensmietwertes oder etwa das Doppelte der Werte nach den jetzigen Grundbesitz der Mietlingsgesellschaften. Eine derartige Steigerung des Wohnungsaufwandes, wobei noch die Steigerung durch das Reichsmietengesetz und durch die Erhöhung der öffentlichen Zuschüsse hinzukommt, wird von der Bevölkerung sicher schwer erduldet werden. Es besteht aber eine Alternative: Wenn die Wohnungsabgabe nicht mindestens in dieser Höhe erhoben wird, dann kann das Bauprogramm nicht verwirklicht werden und es ist keine Aussicht vorhanden, das Wohnungselend zu lindern. Der Grundgedanke des Gesetzes, daß diejenigen, die in der glücklichen Lage sind, eine billige Wohnung zu besitzen, dazu beitragen müssen, ihren wohnungslosen Mitbürgern eine Unterkunft zu verschaffen, muß zum Durchbruch kommen. Eine Abgabe von 20 v. H. des Steuerwertes macht bei einer Wohnung mit einer Friedensmiete von 540 Mark etwa 1080 Mark jährlich aus, also auf 300 Arbeitstage umgerechnet, rund 6 Mark für den Tag, 75 Pfennig für die Arbeitslohnsteuer. Eine Staffellung der Abgabe nach den Einkommensverhältnissen ist bei der jetzigen Festsetzung der gesetzlichen Bestimmungen leider nicht möglich. Seitens der baulichen Verwaltung und der baulichen Betriebe sind Beiträge in dieser Richtung gestellt worden. Solange das Gesetz nicht geändert ist, kann somit die Abgabe unrentierliche Arbeiten im Gefolge hätte, nur im Wege der ganzen oder teilweisen Befreiung auf andere Weise erhalten werden. (Schluß folgt.)

Der Verband der deutschen Diplomkaufleute

hält in diesen Tagen in unserer Stadt eine Konferenz ab. Die Beratungen begannen am Samstag abend mit einer Begrüßungsfeier. Am Sonntag vormittag sprach Diplomatkaufmann W. Pfundt über „Der Verband deutscher Diplomkaufleute in Vergangenheit u. Zukunft“. In der Handelshochschule sprach dann am Montag zunächst Prof. Dr. Peters über „Berufseignungsprobleme und Arbeitswissenschaft“. Er behandelte das Problem der Rationalisierung der Arbeit und knüpfte dabei an das Taylor-System an, den einzigen bisher konsequent durchgeführten Versuch einer solchen Arbeitsrationalisierung. Die Rationalisierung des Arbeitsvorgangs im Sinne Taylors lasse sich wohl in manchen industriellen Betrieben durchführen, die mit einer kulturell wenig entwickelten Arbeiterschaft durchkommen könnten. Betriebe jedoch, die höher qualifizierte Leistungen brauchen, vermögen mit diesem System nicht auszukommen, weil es nicht möglich sei, den Arbeiter für alle notwendigen Leistungen zu „maschinieren“. Eine Rationalisierung verlange die Ausschaltung des selbständigen Denkens beim Arbeiter und habe in ihrem Gefolge ungewollt einen Verlust an Arbeitsinteresse und Verantwortlichkeitsgefühl. Auf die Einschaltung des Denkens von Seiten des Arbeiters in den Arbeitsvorgang, auf ein Vertreten und inneres Beteiligtsein am Arbeitsprozeß müsse hingewirkt werden, wenn man eine Rationalisierung schaffen wolle, die die Nachteile des Taylor-Systems vermeide. Das aber sei ein Stück Arbeits- und Berufserziehung. Die Arbeitswissenschaft könne aus dem jetzigen Gemisch zu einer einheitlichen Wissenschaft nur dann werden, wenn das Problem der Arbeits- und Berufserziehung in ihren Mittelpunkt trete. Arbeitswissenschaft sei naturwissenschaftlich und wirtschaftswissenschaftlich unterbauten Arbeits- und Berufspädagogik. Die Feststellung der sog. Berufseignung mit psychologischen Methoden erstreckte sich nur auf die Prüfung gewisser formaler Fähigkeiten, die zur Ausübung eines Berufs nötig oder doch wünschenswert seien, die aber leicht durch andere kompensiert werden könnten. Neben diesen formalen Fähigkeiten bedürfte die Berufseignung aber auch noch gewisser Eigenschaften des Intellekts, Gefühls und Charakters, Fähigkeiten, die nicht durch ein Experiment, sondern nur durch Beobachtung in der Schule oder während der Arbeit ermittelt werden könnten. Außer den genannten Eigenschaften verlange die Ausübung eines Berufs aber auch noch die Einstellung auf die besonderen Berufsaufgaben, das Interesse am Beruf selbst. Diese notwendige Berufseinstellung sei innerhalb gewisser Grenzen durch die Erziehung beeinflussbar. So weise denn auch die Forderung der Rationalisierung der Berufswahl auf das Grundproblem aller Arbeitswissenschaft hin: die Arbeits- und Berufserziehung.

Nach kurzer Pause hielt Prof. Dr. Kimmann eine Vortragsrede über „Probleme der schwedischen Finanzfragen“. Er ging davon aus, daß Finanzwissenschaft und Finanzwirtschaft lange Zeit ein relativ einfaches, vorwiegend legislatives Problem gewesen, obgleich mindestens seit der Jahrhundertwende die schnell aufeinander folgenden Finanzreformen die ungenügende Fundierung schon des Friedensfinanzwesens gezeigt hätten. Bismarcks Konstruktion des Reiches ruhe auf einer Grundlage, bei der der Reichstag wenig Relierung zu indirekten, die Einzelstaaten wenig Relierung zu direkten Steuern hatten. Der Gesamtbau war für Sonderleistungen wenig geschaffen, und auch ohne Krieg hätte eine Reform an Haupt- und Nebeneinkommen müssen, um die wachsenden Militär- und Zivillasten zu tragen und die sozialen und kulturellen Leistungen zu vermindern. Bei der Kürze der dem Redner zur Verfügung stehenden Zeit konnte die Kriegsfiananzierung vom Redner nur andeutend dahin charakterisiert werden, daß sie zu wenig Steuern und zu viel innere Anleihen gebracht habe, die die Wohlstandsdiminution weiterhin ungünstig beeinflussten. Der Ausgang des Krieges und die Kriegsnachzeit haben dann Finanzumwälzungen geschaffen, wie sie die Wirtschaftsgeschichte so konzentriert nicht kennt. Es sei unmöglich, an diese Zeit irgendwelche rationalen Maßstäbe zu legen. Der entscheidende Grund für die Unmöglichkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus der Welt sei in der Sinnlosigkeit des Versailleser Vertrages zu suchen, der keine Wirtschaftshandlung, sondern eine psychopathologische Erscheinung der Menschheitsgeschichte sei, die wohl erst in Jahrzehnten einer rationalen Ordnung der Weltwirtschaft Platz machen werde. Der Trost der Vergebung vollziehe sich in Zukunfts, bei denen keine rechts- oder linksgerichtete Politik die atomarischen Grundtatsachen des Mißverhältnisses der Bevölkerungsziffer zu den Lebensmöglichkeiten aus der Welt zu schaffen vermöge. Die Gegenüberstellung der Parteien erweise vielfach als unnötiger Kräfteverbrauch gegenüber der Zwangsläufigkeit der Entwicklung. Die einzelnen Steuererlasse seien nur Wellen einer

Hühneraugen

werden Sie sicher los durch
Hühneraugen-Lebewohl!
Hornhaut an der Fußsohle beseitigt
Lebewohl-Ballen-Schellen.
Kein Verkrampfen, kein Kratzen am Strumpf,
In Drogerien und Apotheken.



Merkur-Drog., Conradsp. 2, **K. Mohrhardt, Drog.,** Mittelstr. 36,
Arth. Röhner, Adler-Drog., Seemannstr. 62, **C. Sachs, Flora-Drog.,** Mittelstr. 61, **Ludwig & Schüttelm.,** Hofdrogerie,
Friedrichsp. 19. 6176

Nach dem Osten.

Reisebriefe von Colla No. 8.

Mit der Postkutsche nach Teheran.

Teheran, im Juni.

Wichtig Buffalo Bill oder einem seiner Combons stehe ich hoch oben auf dem Dach der Postkutsche. Unter mir hoch der Kutscher, ein etwas struppig und verwegenes aussehendes Geselle im Lammfellpelz und auf dem Kopf den eigenartigen kupferförmigen Hüpfhut, den die Perser als Kopfbedeckung tragen. Mit schändlichen Jurusten und Pfeifenstücken treibt er seine Pferde an. Die sind zu vier nebeneinander gespannt, und so geht es in flotten ununterbrochenen Trab bergauf und bergab.

Manche Kutscher sind gewiß etwas schönes und großes Distanzritze auch, aber so tagelanges Reisen mit der Postkutsche nicht wertig. Es ist doch eine hübsche Sache, mit vier stolzen Pferden durch eine grandiose Landschaft zu kutschieren und die Romantik der Postkutschen hatte entschieden etwas für sich.

Zunächst sah es in Persien gar nicht so aus, als ob ich bald weiter käme. Man hatte mich in Casp und Reft über die Reise nach Teheran falsch informiert und mir gesagt, daß ich Europa an, er könne nicht anders als im Auto reisen, denn jeder bis 150 Lomanen — das sind 24—30 englische Pfunde für ein Auto auszugeben und so suchte ich nach einer anderen Reisegelegenheit. Teheran reisen wollten, feste Verabredungen ein und wurde dann sitzen gelassen, bis mir der Hotelkellner einen Teheraner Kaufmann brachte, der eine Postkutsche mieten wollte — diese Postkutsche mietet man im Ganzen — und der dazu einen Teilhaber

Ich sagte erkreuzt zu und am nächsten Tage um 2 Uhr sollte es losgehen. Nun liegt die Postkutsche meist meilenweit vor der Stadt, zu fahren. Endlos lange fuhr der Kutscher über freies Feld, so endlich kamen wir aber doch zu einem großen verfallenen Gehäusen. Man sah und hörte zwar keine lebende Seele, allein da ein Haus herumstanden, nahm ich doch an, es sei die Post. Endlich fand ich einen freundlichen, leblich englisch sprechenden Herrn, der mir ver-

sicherte, es würde sofort losgehen, sobald die Reispferde eintrafen.

Nach einer Stunde kam denn auch mein Reisegefährte, nach zweien die Pferde und nach dreien ging es wirklich los. Zuert wurde das Gespann verladen. Das sollte nicht nur den Raum, den der Europäer zur Unterbringung seiner Beine benötigt, sondern noch darüber den halben Wagen. Nun macht das für den Orientalen nichts aus; der hockt mit untergelegten Beinen hier und ist mit einem Minimum von Platz zufrieden. So war denn der Perser und sein Sohn, der auch noch mitfuhr, leicht untergebracht. Für mich bedurfte es aber erst einer Reihe von Krümmungen und Verwindungen, bis ich glücklich drin war. Trotz der Enge zog ich einwilligen den Platz im Wagen vor, denn es fing an in Strömen zu regnen.

Wir fuhren und fuhren, Draußen rauschte der Regen. Die Nacht kam, und das lustige Schellengetöse, — jedes Pferd trug ein breites Schellenband um den Hals — wurde allmählich zum monotonen einsätzlernden Klang.

Endlich halten wir, die Lichter einer Dorfstraße blinken und durch unergründlichen Schlamm waten wir an Land. Dieses „Land“ ist eine breite, gedeckelte Galerie aus Pfahlpfählen, die von einem Haus zum andern läuft. Die Häuser selbst sind vierstöckige Hüften mit einem ungeheurer hohen Strohdach. Die eine Seite nach der Galerie ist völlig offen, auch das Dach ist hier hochgezogen, so daß es wie abgehackt wirkt. Um die übrigen vier Wände läuft immer eine breite mit Matten oder Teppichen belegte Lehmbank herum, die Stuhl-, Sofa- und Schlafraum ist.

Wir gehen in das erste Haus. Meine Begleiter schlüpfen aus den Schuhen und hocken auf der Lehmbank nieder. In der Mitte des Raumes ist eine Art Vor-, gleichfalls aus Lehm gebaut, mit diesen Eingängen, treppenförmig aufgebaut. Im ein Holztafelwerk steht da eine Reihe von Teelampfen, ein dampfender Samowar, ein Kupferkessel mit Zucker, winzige Teegläser, dann auf den einzelnen Etagen verschiedene Pfeifen, darunter eine mächtige Wasser- und eine Opiumpfeife, dann zerbrochene geschmacklose Wafen, ungläublich viele unbrauchbare Rempen, und was der Wirt weiter an Prachtstücken europäischer Herkunft besitzt.

Nach dem Essen, das aus dem mitgebrachten Vorräten besteht, muß ich erst einmal als Arzt fungieren. Mein Begleiter hat auf meinem Wasserlassen gelesen, daß ich Doktor bin; mein Verstand reicht nicht aus, ihm zu bedeuten, daß dies kein medizinischer Doktor ist. Ich muß ihm also erst einmal mit einer Teelampfenlampe in den Mund leuchten, in dem ich einen hohlen überischen Wadenzug entdecke. Kaum habe ich ihm etwas Myrrhentinktur verabreicht, als draußen fürchterliches Geschrei ertönt. Sein Sprechling, den wir als

Wache im Wagen zurückgelassen, hat sich den Finger geklemmt. Auch er wird also behandelt und bekommt einen Umschlag von essigsauren Tonerde.

Als nun aber auch die übrigen Gäste behandelt sein wollen, der eine auf seine verstopfte Nase, der andere auf seine schmerzenden Gelenke zeigt, winkle ich ab mit dem Bedeuten, daß mir die Medikamente fehlen.

Inzwischen hat der Wirt die Pfeifen gefüllt, legt glühende Kohlenstücke darauf und raucht sie für die Gäste an. Mein Reisegefährte macht sich mit viel Umständlichkeit die Opiumpfeife zurecht, und dann muß diese erst Reihe umgeben, bis wir mit den frischen Pferden, die inzwischen eingetroffen sind, weiterreisen.

Wir fahren weiter durch die Nacht; stumm, die neuen Pferde haben keine Schellen. Der Wagen schüttelt und stößt. Neben mir hockt der Perser und schnarcht. Ueber meine Beine gekrümmt liegt schlafend sein Sohn. Ich weiß nicht, schlafe ich, oder wache ich. Pöpsel hört ich fernes Bäumen, ein wundervolles Klingen. Sollte es hier eine christliche Kirche geben? Aber das Bäumen wird voller und lauter, kommt näher. Pöpsel ist es ganz nah, hält den Wagen, der stehen geblieben, von beiden Seiten ein. Ich starrte durch das Fenster in die Finsternis. Da wandeln die Glocken vorbei. Sie hängen an den Häfen von Postkutschen, eine endlose Postkutschenreihe an uns vorbei, und jeder einzelne Postkutsche trägt eine große Glocke, deren Ton aufeinander abgestimmt ist.

Wir fahren wieder, und wieder schlummere ich ein. Ich wache auf, als der Wagen aufs neue hält. Ich höre, wie der Kutscher die Pferde ausspannt und wie mein Reisegefährte flüchtig schilt. Augenblicklich vergeblich; denn der Kutscher spannt ruhig weiter seine Pferde aus und reitet davon. Mein Perser schlüpfte noch eine Weile, dann klettert er mit seinem Knaben aus dem Wagen. Ich überlege einen Augenblick, ob ich ihm folgen soll, dann aber löse ich, froh über den vielen Platz, den ich mit einem Male habe, einen Knaben aus meinen Beinen und schlafe weiter.

Als der Morgen kommt, sehe ich, daß der Wagen allein und verlassen auf der freien Landstraße steht. Neben der Straße steht ein Fluß, an seine Ufer grenzen Wald, Berge, und dahinter schimmern schneebedeckte Gipfel. Wie ich mich nach meinem Reisegefährten umsehe, entdecke ich eine armselige Hütte, deren Dach bei der Hauptachse aus Bäumen besteht. Drei liegen Vater und Sohn, um die Reste eines verflimmerten Feuers.

Leider vermag ich weder festzustellen, warum uns der Kutscher plötzlich hat stehen lassen, noch wann es weiter geht. So mache ich erst unten am Fluß ausführlich Toilette, frühstücke, schreibe, und als es Mittag wird und noch immer weder Kutscher noch Postkutsche zu sehen sind, nehme ich in dem reißenden eisigen Gewässer ein berufliches Bad.

flut, die über uns hinweggehe und die in ihrer Strömung produktiven Boden vernichte, solange keine Dezentralisierung der Wirtschaft als Ganzes vorhanden sei. Wenn das Sozialversicherungsproblem die Produktionskraft hemme oder fördere, sei der Kern der hinter den Dingen liegenden Fragen. Politik, Wirtschaftspolitik und Sozialpsychologie verschmelzen sich unaufhaltsam zu einer Frage. Auch wenn eine klare Finanzpolitik durch die Umformung der Reparationspflichten und die damit zusammenhängende Verschönerung der Realität durch die Volutenpolitik praktisch unmöglich werde, auch wenn die Sinnlosigkeit der internationalen Arbeitsteilung der Gegenwart den Weltkapitalismus zerbröckle, der allein gekniet habe, soviel Menschen zu ernähren, deide das Entscheidende, daß über die Bevölkerungs- und Produktionsverhältnisse mehr nachgedacht werde, denn über einzelne Gesetze. Früher habe es geheißt: „Macht mir gute Finanzen und ich will euch gute Politik machen“; jetzt heiße es: „Führt uns zur Befreiung der Wirtschaft, damit in einer verarmten Welt die Menschen wenigstens leben können.“

Beide Vorträge wurden mit starkem Beifall bedankt. Der Nachmittags war ausgefüllt mit der Besichtigung des Maxenfundlichen Instituts unter Leitung von Prof. Voelckel und des Betriebswissenschaftlichen Instituts unter Führung von Prof. Sommerfeld.

II. Veränderungen im badischen Schulwesen. Die amlich gemeldet wird, wurden ernannt: Lehramtsprokurent Dr. H. Kleinrieder an der Humboldtschule in Karlsruhe zum Professor deselbst; Hauptlehrer Christian Rachel an der Volksschule in Weingarten zum Rektor deselbst und Hauptlehrer Johann Böhrer in Kirchbach zum Rektor deselbst. Professor Franz Wagner am Realgymnasium in Eichenheim wurde an die Realschule in Rastatt und Hauptlehrer Karl Schneider von der Volksschule in Mannheim an das Realgymnasium in Weingarten versetzt. Die Ernennung des Lehramtsprokuranten Gustav Brudny am Gymnasium Offenburg zum Professor an der Realschule in Rastatt wurde zurückgenommen.

B. Portoerhöhung. Ab 1. Oktober soll eine Postkarte 2,50 M., ein Fernbrief bis zu 20 Wörtern 5 M., eine Drucksache 75 W., eine Warenprobe 5 M., ein Paket Rahzone 10 M., ein Paket Fernzone 20 M. Porto kosten. Alles Rundestückel. Die Telegrammgebühren werden auf 2 M. das Wort erhöht. Der jetzt bestehende Zuschlag von 100 Proz. auf die Fernsprechkosten soll verdoppelt werden. — Um die Sätze dem Volk etwas verständlicher zu machen, sei erwähnt, daß in Österreich demnächst die Postkarte 50 Kronen und ein Fernbrief 100 Kronen kostet.

WB. Ausprägung von Erlahmungen. Der Reichstag beschloß durch Gesetz vom 20. Mai die Ausprägung von Erlahmungen im Nennbetrage von 1, 2, 3 und 5 Mark. Ueber die Gestalt der Münzen und ihre Metallzusammensetzung hat nach § 1 des Gesetzes der Reichsrat zu befinden. Dementsprechend wurde in der Vollziehung des Reichsrats der Beschluß gefaßt, zunächst 1-, 2- und 5-Markstücke auszugeben. Die Münzen bestehen aus Aluminium mit etwa 1 Prozent Kupferzusatz. Die 5-Markstücke erhalten außerdem einen am Rande schließenden dünnen Kupferkern. Die Schriftzüge trägt bei allen drei Münzsorten innerhalb des aus flachen Silber mit einem Beckenkreis bestehenden erhabenen Randes in lateinischen Buchstaben die Inschrift „Deutsches Reich“. Die Schaufseite zeigt einen liegenden Reichsadler (Entwurf von Prof. Waderts, München) mit geschlossenen Gefieder und nach rechts gewendetem Kopfe. Die Ausgabe der ersten Münzen ist für den 1. August vorgesehen. Zur Erinnerung an die hiermit zeitlich zusammenfallende dritte Wiederkehr des Verfassungstages werden die ersten zur Ausgabe gelangenden Dreimarkstücke auf der Schaufseite einen Hinweis auf den Geburtstag erhalten.

J. Der Steuerabzug ab 1. August 1922. Das Finanzamt veröffentlicht jetzt die neuen Sätze, die vom Einkommen bei der Berechnung der Einkommensteuer in Abzug gebracht werden dürfen. (S. 1. Seite Bekanntmachung.)

*** Erstemonat August.** Mit Donner und Blitz hat der Juli von uns Abschied genommen. Man wird ihm keine Leide nachweisen, denn er hat die Erwartungen nicht erfüllt. Kühle, regnerische Witterung war vorherrschend. Zum nicht geringen Mangel nicht nur der Landwirtschaft, die ohnehin nicht allzu zufrieden mit dem Ausfall der Getreidernte sein können, sondern auch der Sommerfrüchtler, die vor allem in hochgelegenen Gegenden von einer „Winterfrische“ sprechen konnten. Hoffentlich ist der heutige herrliche Morgen mit seinem warmen Sonnenschein und der durch das gestrige Gewitter gereinigten Luft, die demnahe luxuriantmäßige Beschaffenheit hatte, von guter Vorbedeutung für den Ferienmonat. Nach dem hundertjährigen Kalender soll sich die unsichere Witterung fortsetzen. Es werden sogar recht unangenehme Ueberraschungen vorausgesehen. Bis zum 3. soll das Wetter schön und warm sein. Für die nächsten Tage wird höhere Temperatur prophezeit, die am 10. sogar in Reif und Kälte übergeht. Das wird man sich bis zum 13. gefallen lassen müssen. Nach einem Regenlage folgen wieder schöne, mäßig warme Sommertage, die am 20. zu großer Hitze überleiten. Am 22. beginnt ein Dauerregen, der bis zum 26. anhält. Vom 28. an sollen wieder schöne Sommertage den Monat beschließen. So wars vor hundert Jahren. Niemand wird etwas dagegen haben, wenn die Prophezeiung nicht in den unglücklichen Einzelheiten zutrifft. Bis zum Reif gesteigerte Kälte kann sich der Wintermacher für eine passendere Jahreszeit aufsparen.

J. Leichenfindung. Gestern vormittag kurz nach 9 Uhr wurde im Redner unterhalb der neuen Redardrücke (rechtes Ufer) die Leiche eines etwa 3 Jahre alten Mädchens gefunden. Die Leiche dürfte einige Tage im Wasser gelegen haben. Sie war bekleidet mit grossem Mantel, blauer Bluse, welchem Unterrock, welchen Unterhosen mit Spigen, schwarzen Strümpfen und braunen Schuhen.

Kunst und Wissen.

Die Rabelungenpiele im Hebelberger Schlachthof. Die nächste Aufführung von Hebbels „Rabelungen“ soll am Mittwochabend um 8 1/2 Uhr beginnen. Dieser Zeitpunkt ist absichtlich gewählt, um die ereignisreiche Szene an der Bahre Siegfrieds und den letzten Rückgang in der Dammung im Schein der Fackeln eindringend zu befehlen. Szenenweise ist das Interesse an der zu Gunsten der Kinderhilfe stattfindenden Aufführung sehr reg.

Professor Dr. Karl Dove, der bekannte Geograph, der sich vor allem bei der Erforschung der deutschen Schutzgebiete hervorgetan hat und seit einigen Jahren in Jena im Ruhestand lebt, ist gestern morgen nach langem Leiden gestorben.

Honoreare für Gassenhauer. Einer der beliebtesten angelegentlichsten Komponisten viel gelungener Gassenhauer, Frank Dean, ist vor kurzem gestorben, und aus diesem Anlaß werden die Honoreare zusammengestellt, die er für einige seiner gelungensten Lieder erhalten hat. Der Gassenhauer „Marguerite“ brachte ihm 25.000 £ Einnahmen, und sein beliebtestes Werk „Daisy Bell“ noch mehr. Ein Lied, das mit dem schönen Vers anfängt „Ihr goldenes Haar hing über ihren Rücken“ trug ihm die Summe von 20.000 £ ein. Ein Langlied „Eleganteres Ragtime Band“ wurde in 900.000 Exemplaren verkauft und warf 12.000 £ ab, während der Schlager „Schermann tut es jetzt“ mit 10.800 £ aufgenommen wurde. Durchschnittlich 10.000 £ brachten ihm verschiedene Gassenhauer, so „Nach dem Volk“, „Liebe mich und die Welt ist mein“, „Im Schatten des alten Apfelbaumes“ usw. Ohne damit eine Gegenüberstellung nach dem marktlichen Wert zu beabsichtigen, werden als Vergleich einige Honoreare großer Meister angeführt. So erhielt Mozart für „Die Hochzeit des Figaro“ 100 Gulden und für den „Don Juan“ 200 Gulden. Die Ertragnisse, die Weber für den „Freischütz“ bekam, beliefen sich auf etwa 500 Taler. Dafür haben aber auch Mozart und Weber ganz arm, während Frank Dean ein Riesenergebnis hinbringt. Auch in Deutschland gibt es heute Komponisten, die mit Figaros und ähnlichem Millionen verdienen haben, indes Künstler von Ernst hungern.

schuben. Um sachdienliche Mitteilung über die Person der Offiziere, die vermutlich von auswärts stammt, ersucht die Kriminalpolizei.

W. Winter-Cybernetenplein-Kasernen. Heute wird „Schwarzwaldbühl“ zum letzten Male gegeben. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Marie Combe, Gretl Janner, Luise Meier, Helene Storr, Peter Hoenlecker, Bruno Müller, Josef Wöhler, Willy Schöpper, Ernst Vogler, Wörzen, Mittwoch, wird in Regieunterleitung „Das verwunschene Schloss“, Musik von Carl Millöcker aufgeführt. Für die am Freitag stattfindende Ballvorstellung zu ermäßigten Preisen, „Der letzte Walzer“ sind Eintrittskarten ab Mittwoch an der Theaterkasse im Kasernenpark zu haben.

Kommunale Chronik.

Bürgerausschuß Weingheim.

Weingheim, 30. Juli.

In fünfständiger Abend Sitzung des Bürgerausschusses wurde der städtische Voranschlag für das Rechnungsjahr 1922 durchberaten und genehmigt. Vor Eingang in die Beratungen erhaltene Bürgermeister Hugel ein 15-stündigen Ueberblick über die städtische Finanzlage, wobei er darauf hinwies, daß die meisten Posten des Voranschlages errechnete Annahmen aufgrund gewöhnlicher Prüfungen, aber keine absolut sicheren Zahlen sind. Es sei das eine sehr unzureichende, aber unermessliche Last, sondern aus der Unklarheit unserer gesamten Volkswirtschaft. Der vorliegende Voranschlag weist an Einnahmen 16,2 Millionen (130 Prozent mehr als im Vorjahre) auf. Die Ausgaben steigen von 13.152.000 M. auf 26.925.151 M., also um 13.773.151 M. (= 165 Prozent). Durch Gemeindesteuern sind 10.631.945 M. (gegen 6 Millionen im Vorjahre) aufzubringen. Im Anschluß an die Vermögensübersicht teilte Bürgermeister Hugel noch einige organisatorische Maßnahmen mit, welche zwecks Erparnis zur Vereinfachung der Verwaltung gemacht wurden. Weitere Erparnisse verpricht sich der Bürgermeister, wenn nach der Niederlegung des Rathauses zum „Schwarzen Ochsen“ sämtliche Verwaltungszweige mit Ausnahme derjenigen der Wasser-, Licht- und Kraftwerke durch den geplanten Erweiterungsbau des Rathauses unter einem Dache vereinigt sein werden. Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die Stadterwaltung Rindla bestrebt ist, zu sparen, zu vereinfachen und zu vereinfachen, daß sie aber auch andererseits, wie mehrere Posten des Voranschlages wieder deutlich beweisen, sich ihrer sozialen und kulturellen Pflicht bewußt ist und deren Erfüllung anstrebt, trotz der sehr schwierigen Lage der Gemeindefinanzen. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Es entspann sich hierauf eine mehrstündige Debatte, aufgrund deren der Bürgerausschuß dem Hauptvoranschlag sowie den Nebenvoranschlägen einstimmig zustimmte und demnach beschloß, daß erhoben werden sollen an Umsätze 3 Mark von 100 M. Steuerwert des gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebsvermögens; 3 Mark von 100 Mark Gebäudesteuerwert; 4,50 Mark von 100 M. Steuerwert der einzelnen geschätzten Grundstücke; 6 Mark von 100 M. Steuerwert der kollektierten Grundstücke und einzeln geschätzten Hofstätten; 6 Mark von 100 M. Steuerwert des Waldes, ferner als Aufstöße auf den Bürgersteuern: 50 Proz. von 1 Mark auflagepflichtigem Wert. Schluß der Sitzung 9 1/2 Uhr.

*** Karlsruhe, 29. Juli.** Im Hinblick auf die erneuten Lohn- und Gehaltssteigerungen hat der Stadtrat vorbeschiedlich der Zustimmung des Bürgerausschusses mit Wirkung vom 1. August d. J. an für die städtische Straßenbahn und Karlsruher Stadtbahn eine weitere Tarifserhöhung beschlossen. Rindlich werden folgen: eine Fahrt bis 5 Leitstreifen 35 M., über 5 Leitstreifen 45 M. Fahrstreifen bis 2 Leitstreifen 35 M., bis 5 Leitstreifen 45 M.

*** Freiburg, 29. Juli.** Nach dem Reichsmietengesetz ist bei der Berechnung der Grundmiete vom Friedensmietwert am 1. Juli 1914 auszugehen. Durch die badische Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz vom 24. Juni 1922 werden aber aufgrund des § 22 des Reichsmietengesetzes die Gemeindeführer der Städte und der großen Gemeinden ermächtigt, anzuordnen, daß die Grundmiete (§ 2 Abs. 1 des Reichsmietengesetzes) der Gebäude, die vor dem 1. Juli 1914 bezugsfertig geworden sind, unmittelbar aus dem Grundmietwert der Gebäude vom 1. Juli 1914 zu berechnen ist. Der Stadtrat hat beschlossen, für die Stadt Freiburg von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen. Als Grundmiete kommen dabei in Freiburg 5 v. H. des Steuerwerts in Frage; ein Abzug für Betriebskosten und Instandhaltungskosten sowie für Nebenleistungen findet nicht statt.

Sp. Weingheim, 29. Juli. Zwei Millionen für die Elektrifizierung nimmt die Gemeinde als Vorhaben auf. — Die Wache Altmündelstraße der Gemeinde hat zu erheben, um das Defizit des Geschäftsjahres mit 230.000 M. decken zu können.

Aus dem Lande.

Heidelberg, 1. August. In Ergänzung unserer Meldung über die Filmaufnahme einer Schlachtleistung und eines Studentenkommerzes sei mitgeteilt, daß die Aufnahme des Films, die übrigens nicht von einer amerikanischen, sondern von einer deutschen Gesellschaft ausgeführt wird, auf den 16. August verschoben worden ist.

Weingheim, 31. Juli. Der 23-jährige Landwirtsohn Ernst Bedelb verübte Selbsttötung durch Erhängen. Die Ursache ist unbekannt.

Gröschelshausen, 31. Juli. Hauptlehrer Hubert Englert hier beging am Samstag sein 25-jähriges Dienstjubiläum.

Karlsruhe, 1. August. Auf dem hiesigen Friedhof hat sich am Sonntag ein dem Trande ergebener Scherenergebnisse aus Boden-Boden ereignet. — Am Sonntag morgen gries beim Einfahren des Frühzuges um 7 1/2 Uhr auf dem Bahnhof des Stadthofes, infolge des ganz unheimlichen Gedränges eine Frau bei dem Versuch, vor dem Nichtstehen des Zuges einzusteigen, zwischen zwei Wagen, wobei sie nicht unerheblich verletzt wurde.

Hintergarten, 1. August. Die Einschüchterung der Unterhufthütte des Freiburger Waidnervereins in der Umgebung von Hintergarten wird nunmehr auf Brandstiftung zurückgeführt. Für die Ermittlung der Täter hat die Staatsanwaltschaft Freiburg eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt.

Konstanz, 1. August. Der Prälat Harmann an St. Kunrad hat von der Obersten Kirchenbehörde einen ehrenvollen Ruf als Kaplan an das Campo in Rom erhalten. — Die provisorische Verwaltung des badischen Teiles der deutschen Reichslokalbahn wurde der Maschinenbauinspektion in Konstanz übertragen.

Sportliche Rundschau.

Kraftfahrwesen.

sr. Verlosung von Kraftfahrzeugen. Die Verlosung, G. M. H. S. des Allgemeinen Deutschen Automobil-Klubs veranstaltet bei der Automobil-Ausstellung des Klubs auf der Deutschen Gewerbeausstellung eine große Verlosung von Kraftfahrzeugen. Der Hauptgewinn ist ein Digi.-Personenkraftwagen von 600.000 Mark. Der Verkaufspreis des Fisches, die nur an Mitglieder des A. D. A. K. abgegeben werden, beträgt 50 Mark. Die Ziehung findet am 18. Oktober in München statt.

Schwimmen.

sr. Die Wagdeburger Schwimmklub in Wien. Große Erfolge hatten die Wagdeburger Schwimmklub auch wieder bei dem internationalen Schwimmfest in Dinnabade zu Wien. In sämtlichen Konkurrenzen stellten die Wagdeburger die Sieger. Den größten Erfolg des Tages trug Fröhlich davon. Ihm gelang es im 100 Meter-Rudenschwimmen, mit 1 Min. 18,9 Sek. einen neuen Weltrekord aufzustellen. Er unterbot dabei den alten Rekord um nicht weniger als 0,5 Sek.

Ballspiele.

WB. Eberfeld, 30. Juli. Bei dem heutigen Vorrundenwasserballspiel um die deutsche Meisterschaft zwischen Süddeutschland (Schwimmverein Riva-Heidelberg) und Westdeutschland (Former Schwimmverein) hat Süddeutschland mit 2:1 gesiegt.

Handel und Industrie.

Getreide- und Produktenmärkte.

m. Mannheim, 28. Juli. Der Weltmarkt für Getreide verkehrte in den letzten 8 Tagen vorwiegend in ruhiger Haltung, wozu ein Bericht des Cincinnati Price Current über den Stand der Ernte in der Union den Anlaß gab. Ebenso wirkten größere Zufuhren aus dem Innern abschwächend auf die Preisgestaltung, und erst gestern wiesen die Märkte in den Vereinigten Staaten wieder eine festere Haltung auf, hervorgerufen durch Käufe seitens der Spekulation. Die Offerten, die vom Auslande nach hier gekabelt waren, fanden aber bei uns nur wenig Beachtung, weil die Importeure bei dem fortgesetzten Ansteigen der Devisenkurse keine Unternehmungslust zeigten. Plata-Weizen, 78 kg schwer, rheinschwimmend, war zu 14 1/2 hfl. die 100 kg cif Niederrhein offeriert. Für seeschwimmenden Kansas verlangte man 13 1/2 hfl. und für Plata, seeschwimmend, 13,30 und für Redwinter 13 1/2 hfl. die 100 kg cif Rotterdam. Ferner war nach Kansas II auf Lieferung per September/Oktobre zu 12,65 hfl. die 100 kg cif Rotterdam offeriert. In Roggen lagen Angebote in Westeuropa Roggen zu 10 1/2 hfl. die 100 kg cif Seehafen (Kontinent) von Von Hafer war Clipped zu 9,75 hfl. die 100 kg cif Rotterdam am Markt. Mais La Plataware per Juli-Abladung war zu 10 hfl., per Juli/August zu 9,5 fl. und per August/September zu 9,30 hfl. die 100 kg cif Rotterdam, Antwerpen oder Hamburg offeriert.

An unseren süddeutschen Märkten war durchweg eine feste Stimmung unverkennbar und die Preise für alle Getreidearten steigend. Den Anlaß zu der Aufwärtsbewegung gaben auch in dieser Woche wiederum die andauernde Festigkeit, die die Devisenmärkte beherrschte, sowie die politischen Nachrichten, die aus Paris verbreitet wurden. Einen weiteren Anreiz zu der Festigkeit bildeten die überaus ungünstigen Witterungsverhältnisse bei uns, die die Befürchtung aufkommen lassen, daß die Einbringung der Ernte mindestens eine Verzögerung um etwa drei Wochen erfahren wird. Nach Berichten aus der Landwirtschaft verläutet ferner, daß die Qualität der diesjährigen Ernte weit hinter der des Vorjahres zurücksteht. Auf diese Berichte hin trat eine starke Nachfrage nach alter Ware hervor und die Konsumenten blieben bestrebt, sich noch einen gewissen Vorrat von Getreide aus alter Ernte zu beschaffen. Das Angebot hierin ist jedoch äußerst klein. Für Inlandsweizen sind die Preise im Vergleich zur Vorwoche um rund 200 M. gestiegen und man verlangte heute vormittag bei einem Dollarstand von 540 M. 2750-2775 M. für die 100 kg bahrfrei Mannheim. Es wurden auch vereinzelt schon einige Partien Weizen aus neuer Ernte, per August/September lieferbar, zu ungünstigen Preisen, Frachtparität Mannheim, gehandelt. Roggen hatte ein außerordentlich lebhaftes Geschäft und die Preise, die erzielt wurden, stellten sich zuletzt auf 2100 bis 2150 M. die 100 kg bahrfrei Mannheim. Gerade lag sehr fest, und speziell alte Ware blieb lebhaft begehrt, weil man befürchtete, daß die neue Ernte nicht trocken eingebracht werden dürfte. Alte Sommergerste ist kaum noch aufzubringen und die Preise hierfür sind bereits bis auf 2525-2550 M. die 100 kg bahrfrei Mannheim gestiegen. Wintergerste, neue Ernte, wird ab Niederbayern zu 2000 M. angeboten und auch in dieser Preislage bereits umgesetzt. Donangerste zu Futterzwecken, rheinschwimmend, erzielte 2200 M. bahrfrei Mannheim. In Hafer ist das Angebot sehr knapp geworden. In der Hauptsache wurde greifbarer Clippedhafer zum Preise von 2200 M. die 100 kg bahrfrei Mannheim gehandelt. Inländischer Hafer wurde mit 2400 M. die 100 kg Frachtparität Mannheim bezahlt. Die Zufuhren in Mais sind wesentlich kleiner geworden und die Preise haben in Uebereinstimmung mit der scharfen Aufwärtsbewegung der Devisenpreise kräftig angezogen. Für Natal, ebenso für La Plata-Mais werden heute 2150-2250 M. und für amerikanischen Mixedmais 2125-2200 M. für die 100 kg bahrfrei Mannheim verlangt.

Futtermittel sind im Preise weiter gestiegen. Die Forderungen für Weizenkleie stellen sich heute auf 1375 bis 1400 M. pro 100 kg ab süddeutschen Mühlenstationen. Rapskuchen, Fabrikat Verein deutscher Oelfabriken, waren zu 1575 M. die 100 kg bahrfrei Mannheim oder Mauer und italienische Rapskuchen zu 1450 M. ab Grenzstationen offeriert. Reisfuttermehl, enthaltend 24% Fett und Eiweiß, stellte sich auf 1375 M. die 100 kg ab süddeutschen Verladestationen. Wiesenhau war zu 1350 M. und Kleeheu zu 1550 M. ab württemberg oder bayer. Stationen am Marke.

Süddeutsche Drahtindustrie A.-G. in Mannheim. Aus Kreisen der Aktionäre kommen Klagen, über die bis jetzt noch nicht erfolgte Zulassung der im Oktober 1920 geschaffenen neuen Aktien, von denen 1,30 Millionen M. sich in den Händen der Aktionäre befinden, während 400.000 M. zur Verfügung der Verwaltung blieben. Wie es heißt, sei es scheinbar überhaupt noch nicht der Versuch einer Zulassung gemacht worden, auch soll die Verwaltung einmal erklärt haben, daß sie die Zulassung gar nicht zu beantragen beabsichtige. Die betroffenen Aktionäre erheben gegen dieses Vorgehen vonseiten der Verwaltung nachhaltigen Protest.

Heff'sche Kunstmühle A.-G., Mannheim. Der Vorstand der Gesellschaft gibt bekannt, daß er in der Lage ist, den Aktionären Aktien der Rheinischen Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft in Mannheim zum Nennwert zur Verfügung zu stellen in der Weise, daß auf 4 Stück der Gesellschaftsaktien 1 Aktie der Rheinischen Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft entfällt. Die Aktionäre, die von diesem Recht Gebrauch machen wollen, haben bis Ende August bei der Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft A.-G. hieselbst ihre Erklärung einzureichen.

Badische Tabakbau- und Verwertungsgesellschaft in Kork (Baden). Unter diesem Namen ist in Kork eine neue Aktiengesellschaft zur Erzeugung, Verwertung, sowie Handel mit Tabak ins Leben gerufen worden mit einem Kapital von 25 Mill. M., von denen 24 Mill. M. auf den Inhaber und 1 Mill. M. auf den Namen lauten. Letztere sind vornehmlich und erhalten aus dem jeweiligen Jahresgewinn immer höchstens 8%. Den ersten Aufsichtsrat bilden 15 Personen, die meist zu den Gründern gehören. Zum Vorstand sind bestellt: Karl Laß, Direktor in Bodersweiler, Friedrich Zimmer III, Direktor in Linz, Karl Blas, Direktor in Kehl.

Union-Brennerei A.-G. in Kehl. Mit einem Kapital von 20 Mill. M. wurde in Kehl eine neue Aktiengesellschaft zur Herstellung und für den Vertrieb von Spirituosen sowie anderen Getränken und Handel mit diesen Produkten gegründet. Von dem Kapital werden 10.200.000 M. Stammaktien und 2 Mill. M. Vorzugsaktien zu pari und 7.800.000 M. Stammaktien zu 150% ausgegeben.

Vereinsbank in Nürberg. Die Generalversammlung setzte die Dividende gleich dem Vorjahr auf 10% fest.

Bayrische Braunkohlen A.-G. in Großweil. In der Generalversammlung wurde die Dividende auf 12% festgesetzt.

365x11 = N. 4015. — sparen Sie wenn Sie täglich statt 2 bis 3 Eier 1 Pflöchen „Sinaqua“ & L. genießen. Trocknung halber gemischter Hühnerel verwendet. Aroma, Nährwert und Bekömmlichkeit wie beim hiesigen Ei.

Dollarkurs 630 Mark.

Mannheimer Viehmarkt

Zum gestrigen Viehmarkt waren aufgetrieben: 1297 Stück Großvieh, davon: 207 Ochsen, 244 Farren, 846 Kühe und Rinder, ferner 258 Kälber, 169 Schafe, 580 Schweine. Preise für 50 Kilo Lebendgewicht: Ochsen 1. Klasse 4000 bis 4300 M., 2. Klasse 3600-3800 M., 3. Klasse 3200-3400 M., 4. Klasse 2700-3000 M.; Farren 1. Klasse 3600-3800 M., 2. Klasse 3200-3400 M., 3. Klasse 3000-3200 M.; Kühe und Rinder 1. Klasse 4000-4300 M., 2. Klasse 3400-3700 M., 3. Klasse 3000-3200 M., 4. Klasse 2600-2800 M., 5. Klasse 2000-2400 M.; Kälber 4200-4600 M.; Schafe 2200-3400 M.; Schweine 1. Klasse 7100-7200 M., 2. Klasse 7100-7200 M., 3. Klasse 7000-7100 M., 4. Klasse 6900-7000 M., 5. Klasse 6800-6900 M., 6. Klasse 6800-7000 M.

Marktverlauf: mit Großvieh mittelmäßig, bleibt kleiner Ueberstand, mit Kälbern, Schafen und Schweinen lebhaft, ausverkauft. Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stall-, Fracht-, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Leinsaatnotierungen. Buenos Aires für Monat August 20,70 (21) arg. Pes., für Monat September 20,55 (21) arg. Pes., Rosario für Monat August 20,25 (20,60) arg. Pes.

Leinölnotierungen. Preis ab Holland, garantiert reines, rohes Öl per 100 kg inkl. Holzfaß, Originaltara, Abgangsgewicht fob oder bahrfrei prompt 53,25 (45,25) fl., August 50,50 (51,50) fl., September 49,50 (50,50) fl., Oktober 48,25 (49,50) fl., September-Dezember 47,-- (48,75) fl., Oktober-Dezember 47,-- (48,25) fl.

Für Altlatin wird ein Preis von 1500-1600 M. für Gold von 430-450 M. je Gramm genannt.

Erhöhung der Margarinepreise. Die niederrheinischen Margarinefabriken haben eine weitere Preiserhöhung um 3 M. das Pfund eintreten lassen, sodaß die billigste Sorte jetzt 66 M. kostet.

Die Umlage für Thomasmehl ist auf je 9 M. für 1 kg%, Gesamtphosphorsäure auf 10,50 M. für 1 kg%, zitronensäurelösliche Phosphorsäure erhöht worden.

Baumwoll-Bericht. (Von Knoop u. Fabarius, Bremen.) Die Märkte schlossen am 27. Juli schwach wie folgt: Bremen, fullymiddling g. c. u. st. loko 280,80 M. per Kilo.

Liverpool mild disp. Oktbr. Dezbr. Januar März -- d. 12,17 d. 11,98 d. 11,91 d. -- d. New-York 21,55 cs. 21,26 cs. 21,20 cs. 21,07 cs. 21,05 cs. New-Orleans 21,50 cs. 20,82 cs. 20,73 cs. 20,66 cs. 20,50 cs.

Der Julibericht der Ackerbauamtes wird mit Spannung erwartet. Man spricht allgemein von einer Erhöhung der Ziffer um etwa 2%. Privatschätzungen vertrauenswürdiger amerikanischer Häuser bewegen sich um 73%. Die Nachrichten aus Texas haben sich nicht gebessert. Die starke Hitze dauert an und verursacht bedeutenden Schaden. Die Wetterprognose für die nächste Woche lautet günstiger, und man hofft deshalb auf einen Umschlag der Witterung. Ostlich des Mississippi fällt noch immer zuviel Regen. Alles in allem ein augenblicklich kaum günstig zu nennender Stand der Ernte. Der Markt ist infolgedessen fieberisch und unregelmäßig. Viel gekauft wird eigentlich nirgends in der Welt. Deutschland laboriert an seinen Valutatschwierigkeiten. Frankreich ist ziemlich gut versorgt, in Italien ist der politische Himmel umdüstert, die Lage in England hat sich nicht verbessert. Tschecho-Slowakei und Schweiz leiden an dem zu hohen Stand ihres Geldes, und in Holland hält die Geschäftsstille an. Man sollte denken, daß nur große Ernteschäden in diesem Augenblick die Kurse treiben könnten.

Die Unionstaaten Texas, Oklahoma, Mississippi, Alabama, Georgia und Carolina haben finanziell starke und intelligent geleitete Organisationen ins Leben gerufen, um die Baumwollernt ohne Verkaufsdruck an den Markt zu bringen und haben für ihre Zwecke von War Finance Board einige Millionen Dollars zur Verfügung gestellt erhalten. Diese Bewegung dürfte auf die Gestaltung der Preise in diesem Jahre nicht ohne Einfluß sein. Der starke Preisturz auf dem Alexandriner Markt wird einigermaßen durch eine Steigerung der Basis wett gemacht. Der bisher günstige Verlauf des indischen Monsuns hat auf die Preise in Bombay gedrückt, die durchschnittlich etwa 40 Punkte fielen. Das dürfte sich aber ändern, sobald Japan wieder in größerem Maße als Käufer auftritt.

Berliner Metallbörse vom 31. Juli.

Table with columns for metal prices (e.g., Kupfer, Zinn, Nickel) and dates (28. Juli, 31. Juli). Includes prices for various metals and alloys.

Table for London, 31. Juli (WB) Metallmarkt. Lists prices for various metals like Kupfer, Zinn, Nickel, etc.

Table for Liverpool, 31. Juli (WB) Baumwoll. Lists prices for different cotton grades.

Table for Americanischer Funkdienst. Lists prices for various commodities like Zucker, Kaffee, etc.

Table for Wasserstandsbeobachtungen im Monat August. Shows water levels for various rivers and locations.

Table for Wasserwärme des Rheins am 1. Aug. morgens 6 Uhr. Shows water temperature readings for the Rhine river.

Mannheimer Wetterbericht

Barometer: 759,4 mm. Thermometer: 15,4° C. Niedrigste Temperatur Nacht: 10,4° C. Höchste Temperatur gestern: 28,0° C. Niederschlag: 7,2 Liter auf den qm. N. 4. Aufhalternd.

Mitteldeutsche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Halle u. d. S. Aus dem Jahresbericht für das Jahr 1921 geht hervor, daß die Gesellschaft eine Gesamtprämie von 18.921.756 M. (1920 7.274.274 M.) erzielte bei günstigen Schadenverlauf. Die Gesamtgarantiemittel einschließlich der Prämien und Schadenreserven stellen sich auf 15.412.115 M. (1920 12.340.585 M.). Der erzielte Reingewinn beträgt 1.999.908 M. (1920 1.111.650 M.) aus dem 7% (1920 5%) Dividende gewährt werden. Ueber die abgelaufene Zeit des jetzigen Geschäftsjahres erstattet der Vorstand einen befriedigenden Bericht.

Die Ostram G. m. b. H. Kommanditgesellschaft läßt jetzt einen Prospekt über neue 5%ige 300 Millionen Stück Obligationen erscheinen. Für den 31. Dezember 1921 werden ausgewiesen: Rohwaren mit 3,43 Millionen M., Halbwaren mit 3,56 Mill. M. und Fertigwaren mit 8,15 Mill. M. Da die entsprechenden Ziffern wie im vorjährigen Prospekt für den 30. Juni 1921 aufgeführt waren, kann man die Veränderung als ein Kennzeichen dafür ansehen, wie stark der Saisoncharakter des inländischen Geschäftes ist.

Börsenberichte.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 31. Juli. Der heutige Börsenverkehr verlief still. Es kamen Abschlüsse zustande in Benz-Aktien zu 320%, Dingler Maschinen zu 730% und in Fahr-Aktien zu 360%. Anilin begehrt zu 820%, Westeregeln zu 1650%, Salzwirk Heilbrunn zu 985%, Zellstofffabrik Waldhof zu 720%, Zucker Frankenthal zu 710% und Zucker Waghäusel zu 710%.

Devisenmarkt

Mannheim, 1. Aug. (9.30 vorm.) Es notierten am hiesigen Platz: New York 630, Holland 24,500, London 2830, Schweiz 12,000, Paris 5175.

Table of exchange rates for various cities including Zürich, Amsterdam, London, Paris, etc.

Waren und Märkte.

Antliche Preise der Mannheimer Produktenbörse per 100 kg netto waggounfrei Mannheim ohne Sack. Weizen 2000 M., Roggen 2375-2400, Mais am. (mit Sack) 2450 M., Wiesenheu (loses) 1400-1450 M., Rotkleeheu 1450 bis 1500 M., Stroh (Preßstroh) 650-700 M., geb. Stroh 600 bis 680 M., Weizenkleie 1500-1550 M., Reis 3500-4500 M. Verteilungspreis für Mais vom 24. 7. bis 31. 7.: Mixed-Mais 1800 M., Natal-Mais 1800 M., La Plata-Mais 1850 M., Parität auf Mannheim. Tendenz unregelmäßig.

Der große Preis von Deutschland

grösstes Strassenrennen 1922

über 1000 km

ein einzig dastehender Sieg

Torpedo-Freilaufnabe

- I. Etappe: Köln-Aachen Sieger Adolf Huschke auf Torpedo-Freilauf
II. Etappe: Aachen-Trier Sieger Adolf Huschke auf Torpedo-Freilauf
III. Etappe: Trier-Mannheim Sieger Adolf Huschke auf Torpedo-Freilauf
IV. Etappe: Mannheim-Köln Sieger Richard Huschke auf Torpedo-Freilauf
Gesamtklassement: Sieger Adolf Huschke auf Torpedo-Freilauf

